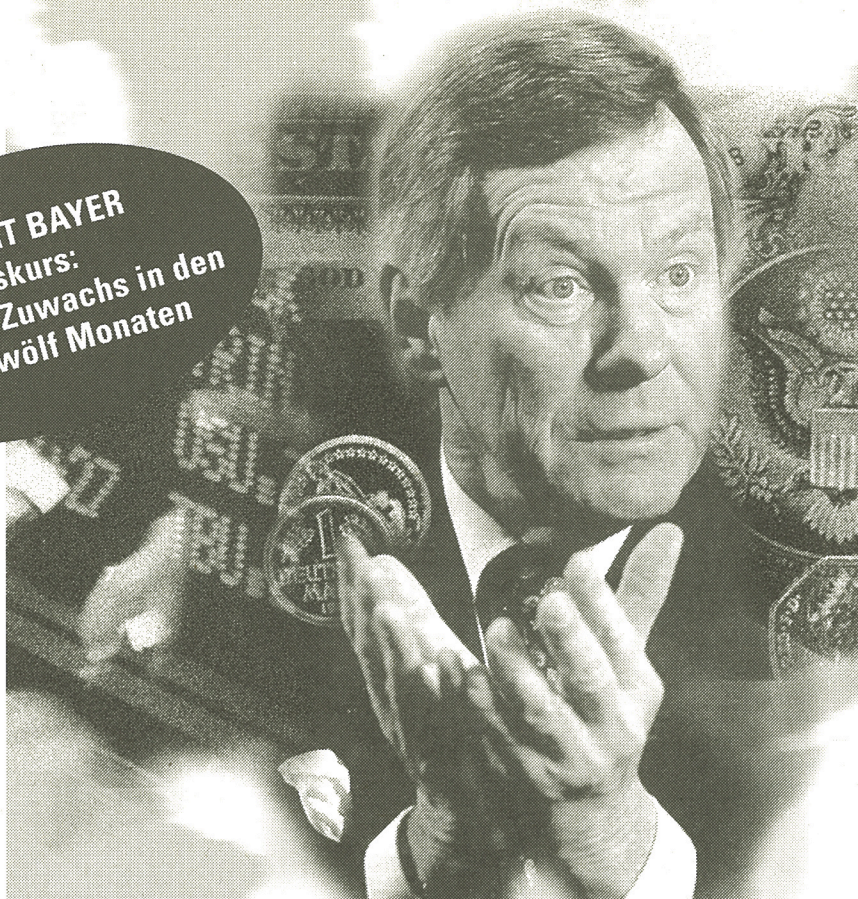




STICHWORT BAYER
auf Erfolgskurs:
29% Abo-Zuwachs in den
letzten zwölf Monaten

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Srupellos im Aktienpoker

10 KonzernkritikerInnen
setzen BAYER zu

WEITERE THEMEN

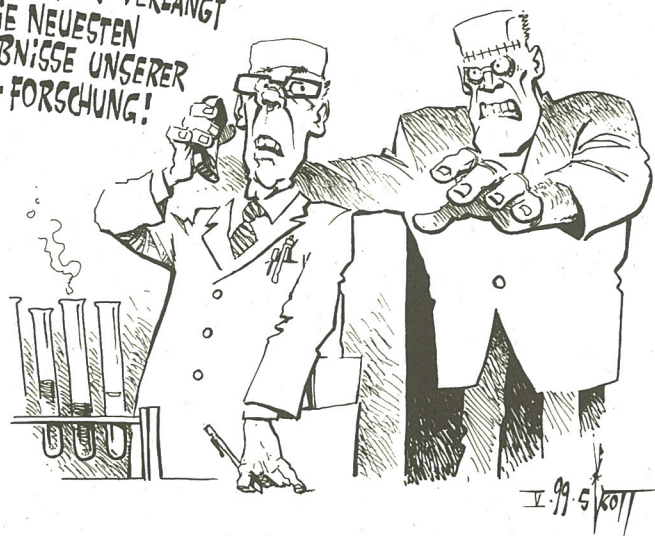
**Arbeitsplatzvernichtung
zur AktionärInnenbeglückung**
Der AGFA-Börsengang

„Das ist doch reine Propaganda“
UmweltschützerInnen gegen
„tendenziöses Mobil“

Die Grabschänder
1942 „arisierten“ die IG FARBEN
einen jüdischen Friedhof



.... NUN, ER VERLANGT
DIE NEUESTEN
ERGEBNISSE UNSERER
GEN-FORSCHUNG!



Berndt A. Skott ist einer der bedeutendsten Karikaturisten Deutschlands

Inhalt

GESCHÄFTSZAHLEN UND ANDERE KLEINIGKEITEN

10 KonzernkritikerInnen setzen BAYER zu

Seite 4

ARBEITSPLATZVERNICHTUNG ZUR AKTIONÄRINNEN- BEGLÜCKUNG

Die Nebenwirkungen des AGFA-Börsen-
gangs/Interview mit dem Betriebsrat

Seite 10/Seite 22

GIFT FÜR LATEINAMERIKA

Umstrittenes Holzschutzmittel XYLADDECOR

Seite 12

BLUTER GEWINNEN PROZESS GEGEN BAYER

USA: Schuldig wegen Betruges

Seite 13

GEBROCHENE VERSPRECHEN

25 Jahre BAYER-Brunsbüttel

Seite 14

DAS IST DOCH REINE PROPAGANDA

UmweltschützerInnen gegen
„tendenziöses Mobil“

Seite 16

LEHRPLÄNE NACH BAYER-GUSTO

BUND und CBG kritisieren

Seite 18

DIE GRABSCHÄNDER

1942 „arisierten“ die IG FARBE einen
jüdischen Friedhof

Seite 20

Blut-Aktien

Nazi-Opfer fordern Entschädigung

Seite 27

Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 17. Jahrgang
Postvertriebsstück F 10848

Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)

Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf), Volker Reikittke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

e-mail: CBGnetwork@aol.com

Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm>

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen. Geschäftsstelle: Fon (0211) 333911.

Fax: (0211) 333940

Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Eigenverlag, Vertrieb: CBG

Layout: Rike Casper

Druck: Tiamat, Düsseldorf

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1997 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Abopreise:

* Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 60,- (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.)

* Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 120,- (für Projekte ohne Geld Ermäßigung möglich)

* Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe für den Vorstand/die Mitglieder) DM 140,-

* Ausland: Preise wie Inland

* Soli-Abo: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Knäste und Bedürftige.)

* Freiverkaufsabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 3,- je Heft je Ausgabe inkl. Porto

* Austausch-Abo mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht

* Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes im Mitgliedsbeitrag enthalten.

* Einzelmitgliedschaft mind. 120,-/Jahr

* Fördermitgliedschaft mind. 180,-

* Gruppenmitgliedschaft bis 100 Mitgl. = 200,-, über 100 Mitgl. = 300,-, über 500 Mitgl. = 500,- DM

* KEYCODE BAYER: Personen/NGO's = 24 \$/Jahr, Institutionen = 100 \$/Jahr, Soli-Abos = 150 \$/Jahr

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Bonn, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg



Liebe Leserinnen und Leser !



Dr. Erika Feyerabend, Mitbegründerin der
gen-kritischen Initiative BIOSKOP

Rund 50 gentechnische Medikamente werden derzeit in der Bundesrepublik angeboten, etwa 200 sind weltweit in der klinischen Erprobung, weitere 300 in der Entwicklung. Das sind Zahlen, die der von BAYER gegründete VERBAND DER FORSCHENDEN ARZNEI-MITTEL-HERSTELLER (VFA) verbreitet. In naher Zukunft, so die Vision des VFA, soll es nur noch gentechnologische Medikamente geben.

Die Zukunft, die der Verband in seinen Werbebroschüren entworfen hat, kennt nur „therapeutische Fortschritte“:

„Krebsgene“, die man „einfach abschalten kann“, biochemischen „Müll“ im Gehirn, den man entsorgen kann und „maßgeschneiderte Wirkstoffe“, die jeden Virus in den „pharmakologischen Zangengriff“ nehmen. Die „Werkzeugkisten der Gentechniker“ wirken attraktiver als jene der ChemikerInnen, die in Verruf geraten sind, zumal viele Menschen die Nebenwirkungen der konventionellen Chemikalien am eigenen Leib gespürt haben. Die „Zukunft“ soll so aussehen: Bakterien, Hefe, tierische Zellen oder ganze Säugtiere werden mit menschlichen „Genabschnitten“ ausgestattet, um Hormone, Eiweiß oder Enzyme zu pro-

duzieren. Alles „Natur pur“! Oder? Das anatomische, organbezogene Modell der Schulmedizin ist passé, und die Fehler der Vergangenheit werden zum Argument für den Start in die molekulare Zukunft. Doch eine Medizin, die ihre Liason mit BAYER & Co. hinterfragt, Umwelt und soziale Bedingungen in ihre Überlegungen einbezieht, individuelle Erfahrungen ernst nimmt, ist nicht in Sicht.

Was macht die neuen Medikamente so überzeugend? Und was macht den VFA so sicher in seiner molekulargenetischen Zukunftsplanung? Selbst, wenn es eine Substanz geben mag, die bei enggefasster Indikation „hilft“, was bei anderen Ansätzen auch zuweilen der Fall ist: Letzlich ist es nicht der therapeutische Erfolg, sondern ein weitverzweigtes Bündel von Institutionen, die allesamt auf die so entworfene Zukunft setzen. Dabei wird jede Alternative, sei sie schulmedizinisch oder naturheilkundlich, im Keim erstickt - gedanklich, politisch und ökonomisch.

Der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl einberufene RAT FÜR FORSCHUNG, TECHNOLOGIE UND WIRTSCHAFTLICHE INNOVATION legte 1997 einen Bericht mit Vorschlägen für die

gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Biotechnologie vor. Beim politisch-wissenschaftlichen Schulterschluss vertreten waren unter anderem die Pharma-Konzerne BAYER, BASF, HOECHST und SCHERING sowie die DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT und das KREBSFORSCHUNGSZENTRUM. Gemeinsam fordern sie: „Die Krankenhausleitungen sollten administrative Hürden abbauen, um die Durchführung klinischer Prüfungen zu erleichtern.“ Außerdem auf der Wunschliste des Technologierats: Freistellung von Krankenhauspersonal für die Beteiligung an Forschungsvorhaben, Deregulation des Arzneimittelgesetzes, um klinische Studien zu erleichtern, „bioethische“ Begleitforschung sowie neue gentechnikfreundliche Lehrpläne für Schulen und Universitäten (siehe Seite 18/19). So dient die Politik als Beschaffungsagentur für Pharma-Konzerne, degenerieren Krankenhäuser zu „Forschungsressourcen“ und werden Menschen zu „molekularen Systemen“.

Erika Feyerabend

10 KonzernkritikerInnen setzten BAYER zu:

„Skrupellos im Aktienpoker“



Einmal mehr konnte Vorstandsvorsitzender Manfred Schneider auf der diesjährigen BAYER-Hauptversammlung Gewinnzuwächse vermelden. Auf die Nebenwirkungen der Profithatz machten zehn Konzern-KritikerInnen aufmerksam: Arbeitsplatzvernichtung, rücksichtsloser Vertrieb hochgiftiger Pestizide, die Vermarktung von Arzneimitteln wie ASPIRIN als Lebensmittel und die Verleugnung der blutigen Unternehmensgeschichte.

Von Jan Pehrke



Auch auf den Plakaten der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) war das BAYER-Hochhaus in Leverkusen als ASPIRIN-Schachtel verpackt - allerdings mit dem Warnhinweis „ASPIRIN tötet Kinder“ versehen. Mit dieser Aktion vor den Kölner Messehallen machte die CBG die AktionärInnen auf die fatalste Nebenwirkung des „Tausendsassas“ aufmerksam. Den verteilten Flugblättern konnten sie weitere „Gegenanzeigen“ entnehmen. So waren die BesucherInnen richtig eingestimmt auf die Vorhalle, in der es vor ASPIRIN-Devotionalien kein Entrinnen gab.

Drinne im Saal präsentierte sich der Vorstandsvorsitzende Dr. Manfred Schneider dieses Jahr selbstherrlich als Firmen-Patriarch alter Schule. „Ich schaue immer vom 26. Stockwerk meines Hochhauses ...“, setzte er einmal an, korrigierte die Freudsche Fehlleistung aber sofort wieder: „unseres Hochhauses“. Launig erwartete er den Erlös aus dem Börsengang der AGFA „auf der nach oben offenen Schneider-Skala“ in luftigen Höhen. Und die Berufung des BAYER-Steuerexperten Heribert Zitzelsberger zum Staatssekretär im Finanzministerium kommentierte der Konzernchef süffisant „als unseren Beitrag“ zur Steuerpolitik. „Wir haben unseren besten Steuer-Mann nach Bonn abgegeben“, tönte er und: „Ich hoffe, dass er so von BAYER infiltriert worden ist, dass er ... die richtigen Wege einleiten wird“, so Schneider wörtlich. Gnädig erklärte der Große Vorsitzende sich auch bereit, Finanzminister Manfred Eichel, „der sehr pragmatisch vorgeht“, eine Chance einzuräumen. Minister von Schneiders Gnaden - so frank und frei gab bisher noch kein Konzern-Chef in der Bundesrepublik Auskunft darüber, wo die eigentliche Macht im Staate sitzt.

Beim Bericht über das zurückliegende Geschäftsjahr hatte es mit Schneiders Offenheit allerdings ein Ende. Da versteckte der BAYER-Boss „Arbeitsplatzvernichtung“ hinter Begriffen wie „Desinvestition“ oder „Restrukturierung“. Sein Wirtschaftsslang machte aus der Schließung

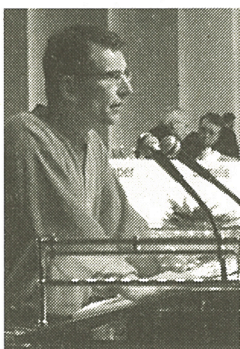
mehrerer Pharma-Standorte das „Effizienzprogramm Pharma“. Und Rationalisierungen werden bei BAYER selbstverständlich nur aus „sozialer Verantwortung“ vorgenommen, nach Schneider-Logik kann die Standorte nur soziale Kälte vor einer Arbeitsplatz-Eiszeit bewahren.

Als der Vorstandsvorsitzende auf die zahlreichen Gegenanträge zu sprechen kam, die „die bekannte Gruppierung“ zu Themen wie „gefährliche Pestizide“ oder „Ausgliederungen“ einbrachte, bemühte er sich nicht einmal mehr um Sprachkosmetik. Schneider recycelte einfach seine Worthülsen aus vergangenen Aktionärstreffen. „Die Hauptversammlung ist nicht der Ort, um über wissenschaftliche Fachfragen zu debattieren“, war einer dieser altgedienten Textbausteine. Die Gegenanträge nannte er „einseitig“, „unsinnig“, „rechtlich fragwürdig“ und „unbegründet“ - die alte BAYER-Leier.

10 x Konzernkritik

Zehn BAYER-KritikerInnen sprachen auf der Hauptversammlung und dominierten damit eindeutig die RednerInnen-Liste. Als erste trat Christiane Niesel von der Kölner Gruppe ANTIGEN vor das Mikrofon. Sie griff die Große Koalition zur Durchsetzung der Gentechnologie, bestehend aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, an und nannte die Gründung des Rechtsrheinischen Technologie-Zentrums in Köln-Kalk sowie des Interessenverbandes BIOGENTECH NRW als Beispiele. Eine direkte Frage richtete Niesel an Ernst-Ludwig Winnacker: „Warum kann eigentlich ein Aufsichtsratsmitglied von BAYER auch in der Funktion als Leiter des Institutes für Genetik in München und als Präsident der DEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT auftreten?“

Im Mittelpunkt von Uwe Friedrichs (CBG) Rede stand die Gefährlichkeit von BAYER-Pestiziden. Er forderte BAYER auf, der Öffentlichkeit die Sicherheitsunterlagen der Produkte zugänglich zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass endlich auch in den Ländern der sog. Dritten Welt eine sachgemäße AnwenderInnen-Infor-



mation gewährleistet ist. Dann erinnerte Friedrich den Vorstand an ein Versprechen aus der vorletzten Hauptversammlung: Die Zusage, den Vertrieb von Pestiziden der Toxizitätsklasse 2 einzustellen. Darauf ging Manfred Schneider in seiner „Antwort“ mit keinem Wort ein. Den langjährigen Misständen stellte er lediglich die langjährigen Ausflüchte entgegen: „Wir haben unseren Ansichten nichts hinzuzufügen.“

Auf früheren Hauptversammlungen hatte Manfred Schneider in der Auseinandersetzung um Entschädigungen für die Opfer von HIV-kontaminierten BAYER-Blutpräparaten immer wieder entlastende Urteile aus den USA herangeführt. „Wer die Härte und Strenge amerikanischer Gerichte und der dortigen Gerichtsverfahren kennt, meine Damen und Herren, wird mir zustimmen: Wenn es überhaupt eine unabhängige Instanz gibt, die sich objektiv ein Urteil bilden kann, dann sind es amerikanische Gerichte“, lauteten seine Worte. Jetzt konfrontierte ihn Axel Köhler-Schnura (CBG) mit einem neuen „unabhängigen und objektiven“ Richter-Spruch in Sachen Bluter-Präparate aus New Orleans, der den Konzern des Betrugs und der groben Fahrlässigkeit schuldig befand und ihn zu einer Entschädigungszahlung von 35,3 Millionen Dollar verurteilte. Dem sichtlich perplexen Schneider, der sich vorbehielt, nur „auf einige extreme Punkte“ von Köhler-Schnuras Rede einzugehen, blieb nichts anderes übrig, als das Urteil wider besseren Wissens zu dementieren.

Die Ärztin Christiane Fischer von der BUKO-PHARMA-KAMPAGNE nahm eine Imageverschmutzung am „Tausendsassa“ ASPIRIN vor. Sie warf BAYER vor, die Arznei als Lebensmittel und nicht als Medikament zu vermarkten, was besonders beim Indikationsgebiet „Erkältungskrankheiten“ medizinisch unlauter sei, da die „Wunderpille“ gegen Viren gar nichts ausrichten könne. Sie präsentierte der Konzernspitze einen ganzen Katalog unerwünschter ASPIRIN-Wirkungen: Magenschmerzen, Magenbluten, das Auslösen von Anfällen bei AsthmatikerInnen und beim in den Ländern der „Dritten Welt“ vertriebenen KINDER-ASPIRIN das lebensbedrohliche Reye-Syndrom. Versammlungsleiter Hermann J. Strenger wollte sich die Mängelliste aber nicht bis zum Ende anhören. Er unterbrach die Rednerin mit der Bemerkung, das Vorgetragene sei auf einer AktionärsInnen-Veranstaltung fehl am Platz. „Wenn Sie die ASPIRIN-Reklamen im Eingangsbereich

der Messehalle sehen, ist klar, was das mit der Hauptversammlung zu tun hat“, versetzte Fischer schlagfertig.

Schwebende Verfahren und andere Ausflüchte

Mit seinen Bemerkungen zur Berufung des BAYER-Steuerfachmannes Zitzelsberger ins Finanzministerium hätte Manfred Schneider Hubert Ostendorf (CBG) kein besseres Stichwort liefern können. In seiner Rede über BAYERs Extrem-Lobbyismus griff er die Worte des Vorstandsvorsitzenden sogleich als ein weiteres, besonders eindrucksvolles Beispiel auf. Ostendorf führte aus, wie es dem Leverkusener Chemie-Multi im Verbund mit anderen Unternehmen gelang, beim Schulministerium gentech- und chemiefreundliche Lehrpläne durchzusetzen. Als flankierende Maßnahme zu dieser autoritären Akzeptanz-Erziehung sponserte BAYER gemeinsam mit dem Bundesforschungsministerium und dem Land Nordrhein-Westfalen das sog. BioTechMobil, das die Schulen, Marktplätze und Industriestandorte des Landes abklappert. Und es gelang sogar, Schulministerin Behler und Wirtschaftsminister Steinbrück vor den Karren dieses mit kompletten Labors ausgestatteten Propaganda-Gefährts zu spannen.

Die Pharmakologin Dr. Sigrig Müller hatte schon auf der letzten Hauptversammlung zu den Risiken von BAYERs Alzheimer-Präparat METRIFONAT gesprochen und von Zwischenfällen bei der Erprobung berichtet. Durch einen neuerlichen Test-GAU in den USA - 20 ProbandInnen erlitten eine plötzliche Muskelschwäche - fühlte sie sich in ihrem Urteil bestätigt. „Warum haben Sie nicht auf uns gehört“, fragte sie BAYER-Chef Schneider eindringlich. Ein weiteres Mal schilderte sie die Gefahren des METRIFONAT-Wirkstoffes, eines Pestizids, und griff die Praxis des Konzerns an, Menschenversuche auch bei der Erprobung von Agrochemikalien durchzuführen. Als besonders skandalös hob Müller dabei hervor, daß den Testpersonen vorgegaukelt wurde, es handle sich um die Erprobung eines Medikamentes. Für Manfred Schneider waren dies alles „Detailfragen“, auf die er nicht antworten könne. Zu den Menschenversuchen erklärte er kurz und schmerzlos: „Wir müssen auch die Auswirkung von Stoffen auf Menschen überprüfen.“

André Schösser ist im letzten Jahr mehrere Monate lang in Brasilien gewesen und schilderte aus eigener Anschau-



Profitsplitter

Für das Jahr 1998 wurde ein Gewinn vor Steuern in Höhe von 5,1 Milliarden Mark ausgewiesen. Jede/r weiß, dass ein solchermaßen deklarierter Gewinn nur einen Bruchteil des tatsächlichen Gewinns darstellt, denn auch BAYER wird alles tun, um die Steuern zu minimieren und sich entsprechend schlechzurechnen. Bei einem ausgewiesenen Eigenkapital in Höhe von 23,9 Milliarden Mark entspricht der erzielte Gewinn einer Rendite von 21,3 %.

An die AktionärInnen wurde eine Dividende von 2,00 Mark ausgeschüttet. Das entspricht einer Rendite von 40 % auf den Nennwert der 5-DM-Aktien.

Der 8-köpfige Vorstand kassierte allein an ausgewiesenen Gehältern 15,2 Millionen Mark. Im Durchschnitt also pro Kopf 1,9 Millionen Mark jährlich bzw. 161.500 Mark monatlich. Erbringen müssen diese Profite heute 145.100 MitarbeiterInnen, die im Durchschnitt jährlich 110.764 Mark verdienen. Dabei wurden von 1989 bis 1998 25.100 Arbeitsplätze vernichtet. Der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum von 43,3 Milliarden Mark auf 54,9 Milliarden Mark, der ausgewiesene Gewinn von 4,1 Milliarden Mark auf 5,1 Milliarden Mark.

ung, welche verheerenden Auswirkungen das im Kaffeeanbau eingesetzte BAYER-Pestizid BAYSISTON auf die Gesundheit der LandarbeiterInnen hat. Obwohl nach internationalen Bestimmungen in der sog. Dritten Welt keine Agrochemikalien vertrieben werden dürfen, für deren Ausbringung aufwendige Schutzkleidung

nötig ist, kann man BAYSISTON dort an jeder Straßenecke kaufen. Ungenügend über die Gefahren des Ackergifts informiert, streuen es die LandarbeiterInnen ungeschützt mit einem einfachen Kaffeelöffel auf den Plantagen aus und benutzen es sogar als Düngemittel für Mais- und Bohnenpflanzen. In Minas Gerais, dem Dorf, das Schösser besuchte, leiden folglich viele Menschen an Vergiftungssymptomen, Lähmungserscheinungen und Atemwegserkrankungen - vereinzelt ist es sogar schon zu Todesfällen gekommen. Manfred Schneider ließ dieser eindrucksvolle Augenzeugenbericht völlig kalt: „Für den Rückzug des Produkts sehen wir keinen Grund.“

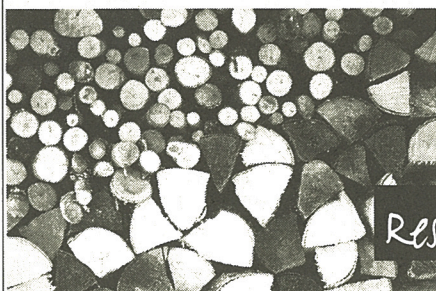
Wer geglaubt hatte, dass wenigstens das dunkle Kapitel IG FARBEN den Konzernherrs zu verbindlicheren Tönen veranlassen könnte, sah sich bald getäuscht. Er fertigte David Rosenberg, Amerikaner jüdischen Glaubens, der extra aus Pittsburgh angereist war, um die BAYER-Spitze in leiser, eindringlicher Form zu einem angemessenen Umgang mit der Vergangenheit aufzufordern, genauso barsch ab wie die VorrednerInnen. BAYER sei 1951 neu gegründet worden, auch wenn es schwer falle, diese Tatsache zu akzeptieren, mit diesen Worten gliederte der Manager die Geschichte der IG FARBEN aus der des BAYER-Konzerns aus.

Philipp Mimkes, der Geschäftsführer der CBG, widmete sich einigen besonders skandalträchtigen Vorkommnissen des Geschäftsjahres 1998. Er berichtete von den Protesten aufgebrachter französischer ImkerInnen gegen das BAYER-Pestizid GAUCHO, das ganze Bienenstöcke verenden ließ und deshalb vom Landwirtschaftsminister Jean Galvani verboten wurde. Sodann präsentierte Mimkes Vorstand und AktionärInnen ein Werbeblatt für das Holz"schutz"mittel XYLADECOR,

→



TIAMATdruck GmbH



Luisenstraße 69 • 40215 Düsseldorf
Tel. 02 11/37 94 00 • Fax 02 11/38 40-368

wie es auf einer Agrarmesse in Kolumbien auslag. Offiziell hat BAYER sich seit dem Skandal um die massiven Gesundheitsschädigungen durch Holzgifte schon lange aus diesem Geschäftsfeld zurückgezogen. Das Prospekt zeigt nun aber, so Philipp Mimkes, dass der Konzern in weit von Europa entfernten Regionen noch auf die Ahnungslosigkeit der Kundschaft spekuliert und skrupellos weiter Profite auf Kosten der menschlichen Gesundheit macht. Der CBG-Geschäftsführer verlangte von der Vorstandsetage schließlich Auskunft darüber, warum das Unternehmen sich so beharrlich gegen die Schadstoff-Kontrolle durch die Emissionsfernüberwachung sträubt, wo es sich doch sonst so umweltbewusst gibt. Ein ganz besonders beschämendes Kapitel in der BAYER-Geschichte, das erst jetzt bekannt geworden ist, stellte für Mimkes ein „Arisierungsgeschäft“ des damals zur IG FARBEN gehörenden Krefelder Werkes dar. Es erwarb für eine lächerliche Summe den jüdischen Friedhof der Stadt, um das Gelände für eine Erweiterung der Produktionsstätten zu nutzen. Auf diese - fortwährende - Grabschändung ging Manfred Schneider in seiner Antwort mit keiner Silbe ein. Zum Thema „GAUCHO“ gab er

scheinheilig zu Protokoll: „An einer Klärung sind wir selbst dringend interessiert.“ Desweiteren sah er keine „Veranlassung, XYLADDECOR in ein schlechtes Licht zu setzen“ und enthielt sich mit dem Hinweis auf ein schwebendes Verfahren Bemerkungen zur Emissionsfernüberwachung. In aller Ausführlichkeit wendete er sich dann wieder den Fragen „seiner“ AktionärInnen zu, die etwa umtrieb, ob BAYER durch den Jugoslawien-Krieg Umsatzeinbußen erleide. Eine Sorge, die Schneider zerstreuen konnte.

Abstimmungsergebnisse

(aks) Der BAYER-Konzern hat ein Grundkapital von 3,7 Milliarden Mark. Dieses teilt sich auf in 730 Millionen Aktien mit einem Nennwert von jeweils 5 Mark.

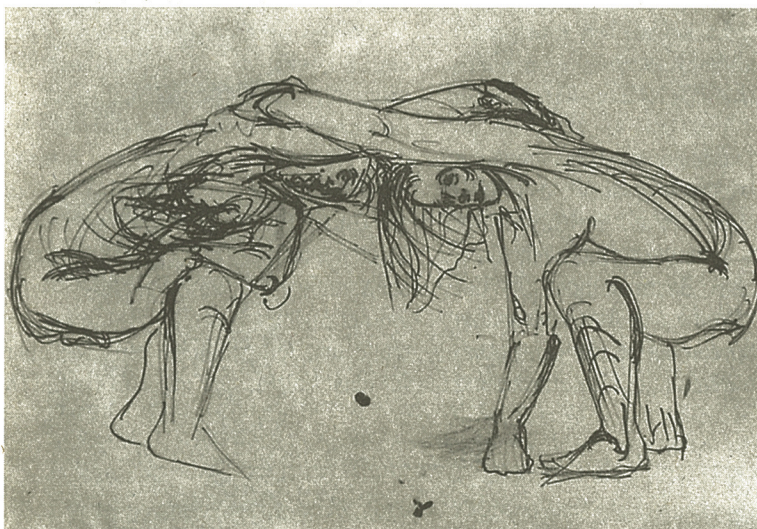
Auf der Hauptversammlung waren ca. 6.000 AktionärInnen anwesend. Sie repräsentierten 44,8 Prozent des Grundkapitals, also 1,6 Milliarden Mark bzw. 330 Millionen Aktien.

Ein Blick in die Präsenzliste - das Verzeichnis aller anwesenden AktionärInnen - zeigte, daß 99,5 % des anwesenden

Kapitals von lediglich etwas mehr als zwei Dutzend Banken, Versicherungen und Investmentfonds gehalten wurden. Herausragend dabei die DRESDNER BANK mit ca. 80 Millionen Aktien und die DEUTSCHE BANK mit ca. 45 Millionen. Diese beiden zusammen stellten also bereits fast 40 % aller anwesenden Aktien. Ins Auge fiel, dass auch die Investmentgesellschaften zunehmend an Gewicht gewinnen, so etwa die DEKA, die bereits ca. 14 Millionen Aktien mitbrachte.

Die restlichen ca. 0,5 % bzw. ca. 1,6 Millionen Aktien wurden von den ca. 5.900 anwesenden KleinaktionärInnen gehalten. Dies deckt sich auch mit der Tatsache, dass der/die durchschnittliche BAYER-Aktionär/in lediglich ca. 100 - 200 BAYER-Aktien à 5 DM Nennwert im Depot hält.

In Vorbereitung der Aktionen zur Hauptversammlung wurden den KritikerInnen COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und des DACHVERBANDES DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE ca. 200.000 Aktien übertragen. In den Abstimmungen auf der Hauptversammlung stimmten für die Anträge der KritikerInnen in der Regel ca. 300.000



Keine Liefergarantie
falls Auflage vergriffen.

Benefiz-Lithografie zur Förderung konzernkritischer Arbeit

Robert Butzelar (Jahrgang 1962) ist der Shootingstar der jungen Kunstszene. Seine Arbeiten sind expressiv, wild und an klassischen Motiven orientiert. Butzelar, der in Florenz und Düsseldorf Malerei studiert hat, begeisterte mit seinem Werk in vielen internationalen Ausstellungen. 1992 wurde er in Jena mit dem begehrten Botho-Graef-Kunstpreis ausgezeichnet.

Die vorliegende Arbeit (ca. 50 x 70 cm) ist streng limitiert (300 Stück), datiert, nummeriert und handsigniert. Der Galeriepreis beträgt normalerweise 600,- DM. Bei uns erhalten sie die Original-Butzelar-Offset-Lithografie für

nur **168,- DM**
(zzgl. 10 Mark für Versand)

Ja, ich bestelle:

Robert Butzelar
„Auseinandersetzungen, Spartakus I“ (Tusche auf Pergament)

____ Expl. Butzelar-Offset-Lithografie. „Auseinandersetzungen, Spartakus I“ für 168,- DM/Stück (Galeriewert 600,- DM). Ich weiß, daß 150,- DM direkt der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. zugute kommen. Die Lastschrift habe ich ausgefüllt bzw. einen Scheck habe ich beigelegt (Versandkosten nicht vergessen).

Name _____

Adresse _____

Bank _____ BLZ _____

Kto.-Nr. _____ Unterschrift _____

Coupon an: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

EDITION
**KUNST GEGEN
KONZERNE**
FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT

Aktien. Es entschieden sich also im Saal noch ca. 100.000 Aktien zusätzlich für die KritikerInnen. Da nicht davon auszugehen ist, dass die genannten Banken, Investmentgesellschaften und sonstigen GroßaktionärInnen mit den KritikerInnen stimmten, müssen also zwischen 500 und 1.000 der anwesenden KleinaktionärInnen sich für die Gegenanträge von COORDINATION und DACHVERBAND entschieden haben. Trotz aller Diffamierungen und Polemiken ist es dem Management also nicht gelungen, die KritikerInnen zu isolieren. Im Gegenteil, viele der anwesenden AktionärInnen stellten sich in den Abstimmungen auch dieses Jahr wieder demonstrativ auf die Seite der COORDINATION und des DACHVERBANDES.

Im Wortlaut:

Entschuldigung für Zwangsarbeit

David Rosenberg hat die Strapazen einer langen Flugreise auf sich genommen, um auf der BAYER-Hauptversammlung zu sprechen. Er kommt aus Pittsburgh, dem Sitz von BAYER/USA, wo er sich gemeinsam mit anderen Mitgliedern der dortigen jüdischen Gemeinde dafür einsetzt, dass der Konzern sich seiner Geschichte stellt.

Stichwort BAYER dokumentiert Auszüge aus seiner Rede und aus der Antwort Manfred Schneiders.

Guten Tag, verehrte Damen und Herren! Ich heiße David Rosenberg und bin Historiker und Archivar von Beruf. Ich komme aus Pittsburgh/Pennsylvania. Ich repräsentiere die Gruppe THE COMMITTEE FÜR APPROPRIATE ACKNOWLEDGEMENT. Unsere Gruppe besteht zum größten Teil aus amerikanischen Juden im Alter zwischen 35 und 55 Jahren. Wir kümmern uns um die Frage der Verantwortung der Firmen, insbesondere deutscher Firmen, während der Zeit des Holocaust und danach.

Im Jahre 1995 hat der Vorsitzende von BAYER-Amerika, Helge Wehmeier, eine öffentliche Entschuldigung gegenüber Elie Wiesel ausgesprochen, als dieser in Pittsburgh eine Vorlesung hielt, welche teilweise von der BAYER-Stiftung finanziert wurde. Vor ca. 1.800 Anwesenden sagte Wehmeier, dass er „Trauer, Bedauern und Scham“ empfinde und dass er „Elie Wiesel und alle anderen Betroffenen für die Taten der IG FARBEN und des deutschen Volkes um Entschuldigung bitte“.

Wir möchten fragen, warum die Firma BAYER hier in Leverkusen im Zusammenhang mit der persönlichen Entschuldigung von Helge Wehmeier nicht auch eine offizielle Entschuldigung äußerte?

Auch folgendes kommt uns rätselhaft vor: BAYER gibt der jüdischen Gemeinde in Pittsburgh Geld, aber zugleich weist die Firma die Klage von David Fishel ab, der seinen Lohn für die Arbeit fordert, welche er als Zwangsarbeiter der Firma IG FARBEN leistete. Wenn BAYER wirklich eine Anerkennung seiner Rolle zeigt und willig ist, die Verantwortung anzunehmen, warum erkennt der Konzern dann

nicht die Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter an?

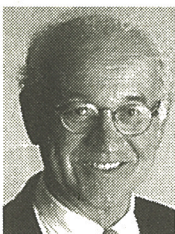
Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Geschichte ist in Deutschland möglich und ist sogar schon an verschiedenen Orten verwirklicht. Warum gibt es jedoch in Leverkusen kein den Sklavenarbeitern gewidmetes Denkmal wie dasjenige in Untertürkheim? Warum versuchen Sie sich hinter den Entflechtungsgesetzen und den fehlerhaften Urteilen der Nürnberger Prozesse zu verstecken?

Antwort von Herrn Schneider

Sie haben sich vorgestellt als Historiker, aber Dinge vorgetragen, die die BAYER AG als Unternehmen nicht betreffen. BAYER ist 1951 neu gegründet. (...) Deshalb richten Sie Ihre Ansprüche nicht an die BAYER AG, ob berechtigt oder nicht. Das jetzige Management kann sich nicht für etwas entschuldigen, wofür es nicht selbst verantwortlich ist, worauf es keinen Einfluss hatte, keinen Einfluss nehmen konnte. Ich bin nicht bereit, mich für etwas zu entschuldigen. Das hat mit mangelndem moralischen Bewusstsein nichts zu tun. (...)

Die Bundesregierung denkt über eine Bundesstiftung nach, um ein Zeichen der Versöhnung zu setzen, damit den Betroffenen rasch geholfen werden kann. BAYER beteiligt sich daran. Wir tun das freiwillig, unabhängig von unserer Rechtsauffassung. Gut ist: eine Verständigung ohne rechtliche Auseinandersetzungen. Ein Erfolg kann das Vorhaben nur dann werden, wenn es an die Stelle rechtlicher Auseinandersetzungen tritt, die das Klima der Versöhnung nur verschlechtern können. (dem Wortsinn nach protokolliert)

Au weia, BAYER!



BAYERs Mann in Bonn

Schon vor der Bundestagswahl zerstreute BAYERs Finanzchef Heribert Zitzelsberger die Ängste im UnternehmerInnenlager vor einer SPD-Steuerpolitik. Die „Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen bei der Gewinnermittlung“, sprich das kreative Sich-Arm-Rechnen, um Steuern zu sparen, würde auch unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung erhalten bleiben. Seit April kann er persönlich dafür einstehen. Der neue Finanzminister Hans Eichel „hörte auf den Rat aus der Wirtschaft“ (*Spiegel*) und berief ihn als Staatssekretär im Finanzministerium zum Nachfolger des geschassten Lafontaine-Vertrauten Claus Noé.

„Wir haben unsern besten Steuer-Mann nach Bonn geschickt und ihn ... infiltriert“, so kommentierte BAYER-Chef Schneider diesen Coup auf der Hauptversammlung.

Die Nebenwirkungen des AGFA-Börsengangs

Arbeitsplatz-vernichtung zur AktionärInnen-beglückung

Umstrukturierungen, Rationalisierungen, Verkäufe von Geschäftsteilen - so „verschlankt“ sich die BAYER-Tochter AGFA, um fit für die Börse zu werden. Trauriger Höhepunkt der Radikalkur: die Vernichtung von 650 Arbeitsplätzen durch die Schließung des Werkes Neu-Isenburg.

Von Udo Hörster



AGFA-Chef Klaus Seeger ist auf Profit aus

„Wir haben uns leider geirrt“, mehr hatte AGFA-Chef Klaus Seeger den 650 Beschäftigten auf der Betriebsvollversammlung zur Schließung des Werkes nicht zu sagen. „Lügner, Lügner!“ antworteten die Beschäftigten und konfrontierten Seeger mit der ökonomischen Wahrheit: „Weil sie an die Börse wollen, darum müssen wir gefeuert werden!“ Als die AGFA das Aus für den Standort bekanntgab, war die Belegschaft derart aufgebracht, dass die Geschäftsleitung „emotionale Handlungen“ befürchtete. Um Sabotageakte im Betrieb zu verhindern, entschloss sie sich kurzerhand, den MitarbeiterInnen zwei Tage lang den Zugang zu ihren Arbeitsplätzen zu verwehren.

Im März 1998 erst hatte die BAYER-Tochter die Produktionsstätte von DU PONT übernommen und zu der Gelegenheit noch vollmundig verkündet, „dass

die Auswirkungen auch für den Personalbereich eindeutig positiv sein werden“. Knapp ein Jahr später hätte die Bilanz nicht negativer ausfallen können: 650 Arbeitsplätze bei AGFA weg, zusätzlich noch ca. 350 bei Zulieferfirmen und Subunternehmen in der Region.

Der Niedergang stellt ein besonders zynisches Beispiel für den Turbo-Kapitalismus unserer Tage dar. Um einen „Irrtum“ handelte es sich dabei nämlich keineswegs, auch nicht um eine Auswirkung der schlechten Konjunktur. Die Pleite war nach Meinung des Betriebsratsvorsitzenden Uli Ortmeyer vielmehr vorprogrammiert. Die AGFA hat von DU PONT, dem Mitkonkurrenten im Bereich „Druckplatten und graphische Systeme“, zwar vordergründig ein reales Werk erworben, in Wirklichkeit aber „Marktanteile“ gekauft. Und für eine solche „Stärkung des Kernge-

Die AGFA-Aktie: Behalten Sie unsere Stärken fest im Blick.

Zeichnungsfrist vom 17. bis 28. Mai. Vorteile für Frühzeichner.

Das Stärkenprofil der Agfa

Markenunternehmen mit starker Weltmarktpresenz
Einzigartige Systemkompetenz für kundenorientierte Lösungen
Technologische Spitzenprodukte mit großen Wachstumspotentialen
Führende Marktposition in Kerngeschäften
Erfolgreiche Expansion in zukunfts-trächtige Geschäftsfelder
Hohes Potential aufgrund effizienter Unternehmensstruktur

Bald können Sie die Agfa-Aktie zeichnen. Wer früh ordert, vergrößert seine Chancen. Denn für Zeichner der ersten Woche steht ein erhebliches Zusatzkontingent an Aktien zur Verfügung. Werden Sie Mitgründerin von Agfa, einem der schnellst wachsenden Anleger und technologischen Spitzenanbieter im Wachstumsmarkt Imaging. Agfa heute ist viel mehr als nur Fotofilm, denn 90 Prozent des Umsatzes erzielt Agfa im Geschäft mit professionellen Geschäftskunden, z. B. in der grafischen Industrie, den Kliniken und der Flugzeugindustrie.

Erfolgreiche Expansion in zukunftsreiche Geschäftsfelder. Agfa ist die Spezialist für High-Tech in der Bild- und Medienkommunikation: in den unterschiedlichsten Segmenten des Zukunftsmarktes Imaging besitzt Agfa den besten Know-how, der Druckverarbeitung und der medizinischen und industriellen Radiographie. Agfa nutzt konsequent die Stärken in den erfolgreichen Kerngeschäften aus, um mit innovativen Produkten und Systemen die Wachstumspotentiale der Zukunftsmärkte zu erschließen. Dazu zählen beispielsweise die digitalen Bildverfahren oder die Softwarelösungen zur Steuerung komplexer Arbeitsabläufe sowie das Netzwerk zum Transport von Bildern und Daten.

Hohes Potential aufgrund effizienter Unternehmensstruktur. Agfa hat in den vergangenen Jahren die Konzernstruktur qualitativ für eine positiv orientierte finanzielle Entwicklung als eigenständiges Konzern. Das Management wird konsequent den erfolgreichsten Geschäftsfeldern Vorrang geben. Agfa als ein dynamisches und hochentwickeltes Unternehmen. Neben der Konzentration auf die Kernkompetenzen und der Reduzierung von Verwaltungskosten wird Agfa kontinuierlich in die Optimierung der Produktions- und Vertriebsprozesse investieren.

Info: <http://www.agfa-boerse.de> oder 0180 2000 353

AGFA 
High-Tech für Bilder, Druck und Daten.

der AGFA ein Monopol sicherte, gegen ein paar Auflägchen absegnete, begann der Anfang vom Ende der Produktionsstätte. Das Unternehmen investierte keine müde Mark in Neu-Isenburg, betrieb stattdessen Gewinnabschöpfung, verkaufte Geschäftsteile oder transferierte sie ins belgische Mortsel, dem zukünftigen Sitz der AGFA-Aktiengesellschaft. Dass ab Oktober 1998 mit Kurzarbeit begonnen werden musste, war die logische Konsequenz dieser Geschäftspolitik.

Anfang März 1999 beschloss dann der Aufsichtsrat des Mutterkonzerns BAYER mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit, das Werk stillzulegen. Die 7.000 Unterschriften für den Erhalt der Produktionsstätte, die eine Abordnung aus Neu-Isenburg dem BAYER-Vorstand übergab, hatten die Konzernherren nicht umstimmen können. Für den Chemie-Multi bedeutet die Schließung lediglich die Entfernung eines weiteren Schönheitsflecks beim Herausputzen der Konzern-Tochter, die endlich aus dem Haus soll. Ungeliebt ist sie seit Jahren. Ihre Umsatzrendite senkt den Unternehmensschnitt, zudem hat sich

der Foto-Bereich durch technische Neuerungen zunehmend aus dem Kerngeschäft „Chemie“ gelöst. Aber die Trennung sollte sich auszahlen. Deshalb verordnete BAYER der AGFA ein rigoroses Umstrukturierungsprogramm.

„Weil sie an die Börse wollen, darum müssen wir gefeuert werden!“

Das Klassenziel setzten die Konzernherren auf 6 % Umsatzrendite fest, die auch erreicht wurde - durch 2.000 Entlassungen in den Jahren 1996 und 1997. Wenn AGFA-Chef Seeger seinen AktionärInnen in spe jetzt 8 bis 10 % Umsatzrendite in Aussicht stellt, fällt es nicht schwer, auszurechnen, wieviel Arbeitsplätze das kosten wird.

„Stärkung der Kern-Geschäfte“ lautete eine weitere Anweisung von oben. AGFA trennte sich vom Unternehmensbereich „Kopiersysteme“ und baute die Segmente „Druckplatten und graphische Filme“ sowie „Bildverfahren für die Medizin“ durch Zukäufe von HOECHST und DU PONT und den Erwerb von STERLING und

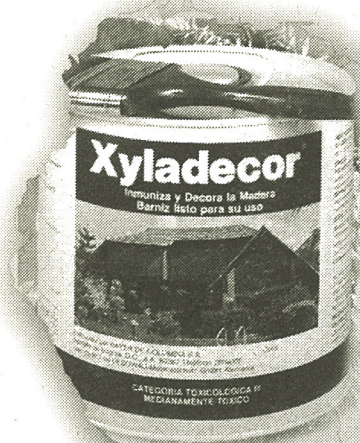
MONOTYPE aus. Die Führungsstruktur wurde ebenfalls auf Börsentauglichkeit getrimmt. Das Unternehmen weitete seine Geschäftsfelder von drei auf fünf aus und siedelte die Verantwortung für sie unterhalb des Vorstandes an, damit dieser sich ganz dem Finanzmanagement widmen kann. Pünktlich zur „photokina“ gab BAYER dann die Trennung von der AGFA bekannt. Der Aktienkurs des Chemie-Unternehmens schnellte sofort nach oben, die BörsenmaklerInnen werteten die Ankündigung als ein Signal für mehr „Shareholder value“. Außerdem erwarteten sie, dass der geschätzte Erlös von acht Milliarden Mark bei BAYER zur Stärkung des Kernbereichs „Gesundheit“ verwandt würde.

Auch unternehmensrechtlich haben sich die FinanzexpertInnen des Chemie-Multis so einiges zum Börsengang-einfachen lassen. Aus steuerlichen Gründen wählten sie Belgien als neuen Firmensitz. Formell übernimmt die belgische Niederlassung die Federführung innerhalb der AGFA, die deutsche AG firmiert nur noch als 100 %ige Tochter. An der Brüsseler Börse, wo der Wert neben Frankfurt plazierte, ist die AGFA-Aktie die größte Neuemission des Jahres. Eine Aufnahme in den Index der 20 wichtigsten Unternehmen, den BEL 20, scheint ihr sicher.

BAYER trennt sich von 75 % der Aktien, 25 % hält der Konzern vorerst weiter, als reine Finanzbeteiligung. Mit einem Anteil von 25 % wird die belgische GEVAERT-Holding Großaktionär bei AGFA. Sie gehört zum Imperium der größten belgischen Finanzmacht ALMANIJ und ist als Beteiligungsgesellschaft darauf spezialisiert, bei Firmen einzusteigen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Der Vorsitzende der GEVAERT heißt André Leysen und ist dasjenige BAYER-Aufsichtsratsmitglied, dessen Stimme den Ausschlag für die Schließung des Neu-Isenburger Werkes gab. Sein Engagement bei der AGFA betrachtet er als langfristiges, schränkt aber sogleich ein: „Aber natürlich kann ich nicht für die Ewigkeit sprechen“. Die AGFA-Beschäftigten werden ihre berufliche Zukunft den Kurszetteln der Tageszeitungen entnehmen müssen.

Lesen Sie hierzu auch das Interview mit dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden des Werkes, Peter Scholz ab Seite 22





Umstrittenes Holzschutzmittel
XYLADECOR:

Gift für Lateinamerika

200.000 Menschen in Deutschland wurden durch das „Holzschutz“mittel XYLADECOR vergiftet, der Fall führte zum längsten deutschen Umwelt-Strafverfahren. Vor zehn Jahren verkaufte BAYER seine Anteile an der Firma DESOWAG, dem Hersteller von XYLADECOR, um seine Beteiligung an dem schmutzigen Geschäft zu verwischen. Jetzt wurde bekannt, dass BAYER und DESOWAG in Lateinamerika noch immer gemeinsam XYLADECOR vertreiben - mit risikoreichen Inhaltsstoffen, die im für den bundesdeutschen Markt hergestellten Produkt längst durch ungefährlichere ersetzt sind.

Von Philipp Mimkes

Agrarmesse AGROEXPO in Bogotá, Kolumbien: die deutschen Unternehmen BAYER und DESOWAG präsentieren gemeinsam das „Holzschutz“mittel XYLADECOR gegen Pilzbefall und Termiten. Bunte Prospekte zeigen prachtvolle Holzhäuser und tropische Blumenrabatten und versprechen eine einfache und sichere Handhabung. Der gesamte lateinamerikanische Markt soll von Kolumbien aus beliefert werden.

In Deutschland hat XYLADECOR eine lange Geschichte: Seit Anfang der 70er Jahre wurde das Mittel millionenfach eingesetzt, besonders im Heimwerkerbereich. Gemeinsame Hersteller waren bis Mitte der 80er Jahre BAYER und DESOWAG. Die Wirkstoffe Pentachlorphenol (PCP) und Lindan sowie Dioxinverunreinigungen ließen bis zu

Die beiden Firmen wurden vordergründig getrennt, damit der Weltkonzern aus Leverkusen nicht mit den berüchtigten Holzgiften in Verbindung gebracht wird.

200.000 Menschen erkrankten. Häuser mussten abgerissen werden, zahlreiche Betroffene begingen Selbstmord. Als der Skandal für Schlagzeilen sorgte und eine Klage der Geschädigten ins Haus stand, trennte sich BAYER von seiner Beteiligung an der DESOWAG. Der folgende Prozess wurde gegen die Geschäftsführer der DESOWAG geführt, BAYER war aus der Schusslinie. Inhaltsstoff des jetzt in Lateinamerika vertriebenen XYLADECOR

ist das umstrittene Pyrethroid Cyfluthrin. Cyfluthrin wird von der amerikanischen Umweltbehörde EPA als „eindeutig giftig“ bezeichnet und daher in der Liste der 50 gefährlichsten Pestizide geführt. Bereits die winzige Konzentration von 150 ppb (150 Teile auf 1 Milliarde Teilchen Luft) kann Störungen

des Nervensystems, Hautausschläge und Nierenschäden bewirken. Zudem gibt es Hinweise auf eine Schädigung von Embryonen. Die in sogenannten no effect level-Untersuchungen ermittelte Gefährlichkeit (d.h. die Dosis eines Wirkstoffes, bei der kein erkennbarer Effekt eintritt) ist vergleichbar mit der des in Deutschland verbotenen Lindan.

XYLADECOR wird bis heute auch in Deutschland vertrieben, allerdings allein vom Hersteller DESOWAG (ohne offizielle BAYER-Beteiligung) und ohne die Inhaltsstoffe PCP und Lindan. Das risikoreiche Cyfluthrin, das in Lateinamerika verwendet wird, wird im gleichen Produkt in Europa nicht eingesetzt - ein typi-

scher Fall für doppelte Sicherheitsstandards. Offensichtlich rechnen die Hersteller in Südamerika mit einer geringeren Kontrolle durch Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit. Besonders problematisch ist die Werbung für den Einsatz im Hausbau - exakt der Bereich, der in Deutschland die hohe Zahl von Erkrankungen verursachte.

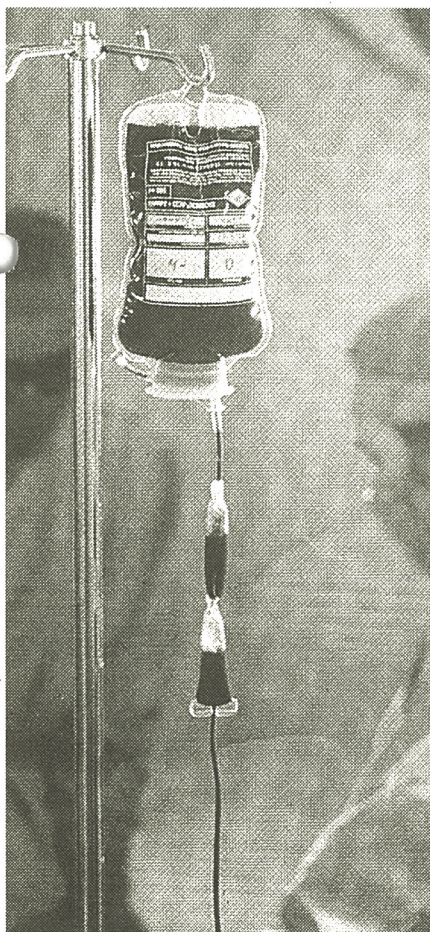
Erkundigt man sich bei der DESOWAG nach den Inhaltsstoffen des in Deutschland vertriebenen XYLADECORs, so werden überraschenderweise Sicherheitsdatenblätter der Firma BAYER(!) zugesandt. Deutlich ist also, dass die Trennung der beiden Firmen nur vordergründig stattfand, damit der Weltkonzern aus Leverkus-

sen nicht mit den berüchtigten Holzgiften in Verbindung gebracht werden kann. Auf technischer Ebene läuft die Zusammenarbeit jedoch weiter, wie die Übersendung der BAYER-Materialien beweist. In Lateinamerika, wo der deutsche Prozess in der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, musste die Trennung gar nicht erst vollzogen werden.

Weder in Deutschland, noch in Südamerika verzichtet BAYER also auf dieses problematische Geschäft. Zu befürchten ist, dass den VerbraucherInnen in Lateinamerika dieselben Probleme blühen wie vor 20 Jahren den Betroffenen in Deutschland.

USA: Schuldig wegen Betruges

Bluter gewinnen Prozess gegen BAYER



Der Leverkusener Chemie-Multi ist von den Geschworenen des Zivilgerichts in New Orleans/USA des Betrugs und der groben Fahrlässigkeit schuldig befunden worden. Die Jury sieht es als erwiesen an, dass das Unternehmen wissentlich Blutprodukte in Umlauf brachte, die mit dem AIDS-Virus infiziert waren. Damit wurde der Klage von Eltern eines Betroffenen stattgegeben, der mittlerweile an AIDS gestorben ist. Die Geschworenen sprachen ihnen eine Entschädigung von 35,3 Millionen Dollar zu.

Die Präparate wurden aus Kostengründen aus dem Blut von Risikopersonen wie Gefängnisinsassen und Drogenabhängigen gewonnen - nach Meinung der Geschworenen eine grobe Fahrlässigkeit. Der Vorsitzende Richter bestätigte den Schuldspruch, setzte die Strafe jedoch wegen Verjährung aus. In einem zweiten Schritt muss nun geklärt werden, ob die Verjährung, wie in Betrugsfällen üblich, aufgehoben wird.

Mehrere Tausend Bluter sind weltweit durch BAYER-Produkte fahrlässig mit HIV infiziert worden, ein Großteil ist mittlerweile gestorben. Todd Smith, amerikanischer Betroffener: „Die AIDS-

Gefahr für Bluter war frühzeitig bekannt, aus Kostengründen wurden aber damals die bestehenden Sicherungsverfahren nicht eingesetzt. Tausende von Blutern mussten dieses Versäumnis mit ihrem Leben zahlen. Wir fordern eine Entschuldigung von BAYER und eine gerechte Entschädigung!“

Obwohl die Kontamination hätte vermieden werden können, weigern sich die betroffenen Konzerne bis heute, den Betroffenen eine entsprechende Entschädigung zu zahlen. In den USA erklärten sich die Unternehmen lediglich dazu bereit, den Infizierten eine Pauschale von 100.000 Dollar zu bezahlen. Da diese Summe aber nicht einmal die Behandlungskosten deckt, zogen zahlreiche Betroffene vor Gericht. Ihren Klagen werden nun höhere Chancen eingeräumt.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert, dass gegen die Verantwortlichen bei BAYER auch strafrechtlich vorgegangen wird.

25 Jahre BAYER-Brunsbüttel

Gebrochene Versprechen

Die Welt ist heil rund um das Bayer-Werk in Brunsbüttel. Keine Kritik stört die Sektlaune der Honorationen beim Festakt zum 25jährigen Jubiläum. Die Gäste, darunter BAYER-Chef Manfred Schneider, lauschen den betriebseigenen Philharmonikern, der Werksleiter beschwört den Aufbruch ins neue Jahrtausend und Heide Simonis überbringt die Glückwünsche der Landesregierung. Dabei gibt es genügend Ungereimtheiten bei der Ansiedlung dieses jüngsten BAYER-Werkes, auf die es hinzuweisen lohnt.

Von Philipp Mimkes



Bauer Möller protestiert gegen Grundwasserabsenkung durch BAYER

1.000 Menschen mussten einst für das Industriegebiet Brunsbüttel umgesiedelt werden. Jahrelanger Protest von Bewohnern und Elbfischern wurde erstickt, das jahrhundertealte Dorf Ostermoor schließlich eingeebnet. 420 Hektar wurden vom Land Schleswig-Holstein enteignet und erschlossen. Mehr als eine Milliarde Mark investierte die öffentliche Hand für Grunderwerb, Geländeaufschüttung, Hafen- und Straßenbau, um das Gelände dann praktisch weiterzuverschenken: gerade einmal 4,50 DM zahlte die BAYER AG pro Quadratmeter Land, wobei der Kaufpreis mit einem „Grundstücksbewirtschaftungszuschuß“ von 26 Millionen Mark verrechnet wurde. Reingewinn für BAYER: ein 376 Hektar großes Industrie-

gebiet mit Gleis-, Straßen- und Seeanbindung plus neun Millionen Mark obendrauf. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit wurde zynischerweise in einem der entlegenen Höfe ein „BAYER-Info Zentrum“ eingerichtet. Da der Leverkusener Konzern zudem öffentliche Investitionszulagen, staatliche Förderprogramme und Infrastrukturbeihilfen erhielt, ist bis heute unklar, ob das Unternehmen in Brunsbüttel überhaupt eigenes Geld investieren musste.

Doch die Gegenleistung blieb bescheiden. Nur 20% des geschenkten Geländes wurden bis heute bebaut, statt der versprochenen 4.500 Arbeitsplätze gibt es gerade 1.350 BAYER-Werker, die zum großen Teil auch noch von anderen Wer-



ken nach Brunsbüttel versetzt worden waren. Durch Zulieferbetriebe sollten bis zu 20.000 Arbeitsplätze entstehen, tatsächlich sind es nur 4.500 geworden. Die CDU-Landesregierung, die seinerzeit Forderungen nach einer vertraglichen Absicherung der Arbeitsplatzzusage als „weltfremd“ bezeichnet hatte, verhinderte konkrete Vereinbarungen. So können die Subventionen heute nicht zurückgefordert werden.

Es ist bis heute unklar, ob das Unternehmen in Brunsbüttel überhaupt eigenes Geld investieren mußte.

Die ökologische Bilanz sieht nicht viel besser aus. 100 Millionen Kubikmeter Wasser verbraucht das Werk jährlich, die umliegenden Wasserwerke pumpen was das Zeug hält. In den benachbarten Gemeinden fallen Brunnen trocken, vertrocknen Weiden und sind Bodensackungen alltäglich. Großzügig genehmigte die Landesregierung einst Emissionen in Luft und Wasser: 21 Kubikmeter Wasser darf das Werk pro Sekunde in die Elbe einleiten, soviel wie die Weser im Sommer mit sich führt. Bis zu 650 Tonnen Schwermetalle, 130 Tonnen Blei und 20.000 Tonnen Stäube können so jährlich entsorgt werden. Die Abluft der betriebseigenen Müllverbrennungsanlage darf bis zu 250 Stoffe enthalten, darunter Dioxin. Es ist sogar

erlaubt, Stoffe zu verbrennen, die bei BAYER gar nicht anfallen - die Müllbranche ist schließlich ein lukrativer Zweig. Und um „Planungssicherheit“ zu garantieren, erhielten die Emissionsgenehmigungen Gültigkeiten von bis zu fünfzig Jahren.

In den 80er Jahren kam es zu zahlreichen Demonstrationen in Brunsbüttel, GREENPEACE forderte vehement eine Verringerung der Einleitungen. Sogar CDU-Bürgermeister sprachen sich auf Kundgebungen gegen die Chemiefracht in der Elbe aus. Auch gegen die MDA-Anlage, in der das hochtoxische Gas Phosgen zum Einsatz kommt, wurden Eingaben gemacht. Doch waren Proteste noch vor zehn Jahren an der Tagesordnung, so kommen mittlerweile ökologische Probleme kaum noch in die Öffentlichkeit. Der als Umweltschützer aktive Pastor Martin Pustowka wurde auf Druck von BAYER versetzt - der damalige Werksleiter Klaus Kleine-Weischede, aktiv in der evangelischen Landeskirche, hatte erfolgreich bei der Kirchenführung interveniert.

BAYER-Gelder fließen heute in jeden Sportverein und in die Gemeindehaushalte, Polit-Prominenz gibt sich öffentlichkeitswirksam die Tür in die Hand. Die Öffentlichkeitsabteilung des Unternehmens produziert tonnenweise Propaganda, die alle Haushalte der näheren Umgebung erreicht. Und zum jetzigen Jubiläum

liess BAYER dem größten Lokalblatt, der *Dithmarscher Landeszeitung*, eine 7seitige „Sonderveröffentlichung“ beilegen. Die Zeitung zeigte sich entsprechend erkenntlich und gratulierte dem Konzern auf einer ganzen Seite mit einer Glückwunsch-Anzeige. Von dieser Art Presse hat BAYER nichts mehr zu befürchten.

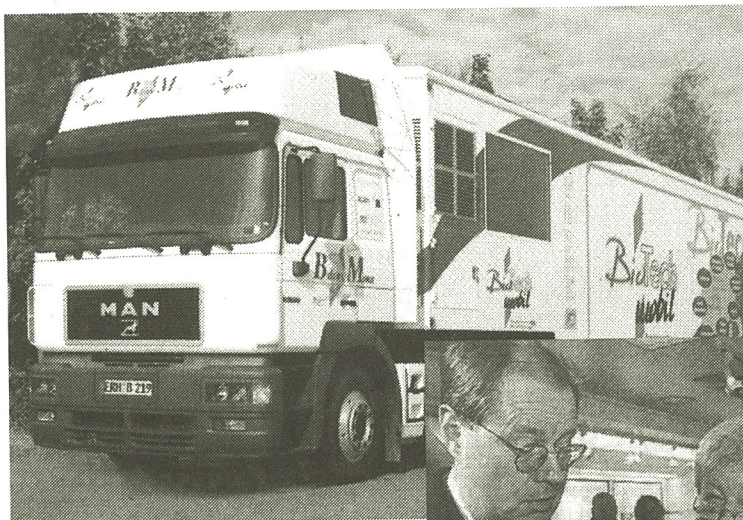
BAYERs kleine Geheimnisse

Der Leverkusener Chemie-Multi hat 18 weitere Unternehmen dazu veranlassen können, sich seiner Klage gegen die Emissionsfernüberwachung (Efü) anzuschließen. Die Efü ermöglicht es, die täglichen Luftschadstoff-Messungen der Betriebe direkt in den Rechner des Umweltamtes in Köln zu überspielen. Bisher übergaben die Unternehmen den Behörden lediglich einen Emissionsjahresbericht. Der tägliche Zugriff auf die Daten macht es wesentlich leichter, direkt die Ursache einer erhöhten Giftstoff-Konzentration zu ermitteln. Die vehemente Ablehnung des Efü-Systems zeigt, dass BAYER & Co. etwas zu verbergen haben.

UmweltschützerInnen gegen „tendenziöses Mobil“ „Das ist doch reine Propaganda“

Die Gen-Lobby rollt durchs Land auf der Suche nach „mehr Akzeptanz“. NRW-Schulministerin Gabriele Behler lässt sich vor den Karren von BAYER spannen.

Von Hubert Ostendorf



NRW-MinisterInnen Steinbrück und Behler auf Propagandatour

Wuppertal-Barmen, Rathausplatz: Dritte Station für den in den Farben des Verbandes der chemischen Industrie (VCI) daherrollenden Sattelschlepper mit dem ersten „BioTechMobil“ der Welt. Der vom Bundesforschungsministerium, dem Land NRW, dem ortsansässige BAYER-Konzern und anderen Unternehmen finanzierte

AgitProp-Container mit acht Gruppenexperimentierplätzen der Sicherheitsstufe 1 ist auf Tour durch 19 Städte von Nordrhein-Westfalen, darunter diverse Schulen

und sämtliche BAYER-Produktionsstätten des Landes. In Wuppertal, der Wiege des Chemie- und Gen-Riesen, ist politische Prominenz zugegen: Schulministerin Gabriele Behler konnte sich ebenso wenig wie Wirtschaftsminister Peer Steinbrück dem Begehren der Industrie nach mehr „Akzeptanz für die Gentechnologie“, wie BAYER-Mitarbeiterin Dr. Jutta Hansen es

ausdrückte, entziehen. In einem Vorwort zur mobilbegleitenden VCI-Broschüre freut sich die Schulministerin, die in Lehrplänen entworfen für die Sekundarstufe II von

Die Krönung bildet der mit Beteiligung des Musiksenders VIVA gestartete landesweite Schulwettbewerb „Gene im Alltag“, der mit Preisen für die „besten“ Klassen enden soll. So werden Industrie-Vorgaben in den Unterricht geschmuggelt.

den „zukunftsweisenden Möglichkeiten genetischer Eingriffe“ schwärmt (siehe S. 18 in diesem Heft), „dass Schülerinnen und Schüler die

Möglichkeit erhalten, die moderne Biotechnologie in Experimenten näher kennenzulernen“. Die Krönung bildet der mit Beteiligung des Musiksenders VIVA gestartete landesweite Schulwettbewerb „Gene im Alltag“, der mit Preisen für die „besten“ Klassen enden soll. So werden Industrie-Vorgaben in den Unterricht geschmuggelt.

In Wuppertal indes überwiegt noch die Skepsis. Eine Frau sagt, sie hätte Angst, gentechnisch verändertes Gemüse zu essen. „Keine Panik“, wiegelt einer der drei Biologen des BioTechMobils ab. Bisher sei noch niemand von Gen-Food krank geworden. Und weil die „moderne Pflanzenzüchtung“ große Gewinne verspricht, lassen BAYER und der VCI in ihrer GenMobil-Broschüre den Leiter des Max-Planck-Institutes für Züchtungsforschung in Köln, Prof. Dr. Heinz Saedler, frohlocken, dass transgene Züchtungen „umweltverträgliche Pflanzenschutzstrategien“ zum „Nutzen des Menschen“ ermöglichen. Doch solche „Argumente“ beruhigen die Kritikerin aus Wuppertal nicht. Sie hat, wie über 70 % der Bevölkerung, Angst vor Antibiotika-Resistenzen. Die bagatellisierende Antwort vom Biotech-Mitarbeiter kommt prompt: „Die Wahrscheinlichkeit, dass Antibiotika-Resistenz-Gene in unseren Darm gelangen, ist sehr gering.“ Auch VCI-Festschrift-Schreiber Prof. Dr. Alfred

GenMobil, nein danke!

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) protestiert gegen die einseitige Beeinflussung der Bevölkerung und Schulen durch die Gentechnik-Lobby. CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes: „Wir wehren uns gegen das Propaganda-Mobil und protestieren gegen die staatliche Unterstützung.“

Pühler findet, „dass viele Risiken eingegrenzt werden können“. Ex-BAYER-Forscher Prof. Dr. Peter Stadler, nun Eigentümer einer eigenen Gen-Schmiede, schließlich lobhudelt auf Bestellung: „Die Genterapie eröffnet langfristige Chancen für die Therapie von Erbkrankheiten oder beispielsweise von AIDS oder Krebs.“ „Und was ist mit Embryonenforschung?“ will die Gen-Kritikerin in Wuppertal noch

wissen. Der Gesprächspartner gibt sich auch auf diesem Feld nicht geschlagen, kontert lapidar: „Wir haben hier ein Embryonenschutzgesetz.“ Der couragierten Dame reicht es nun. Sie entledigt sich ihrer Schutzbrille und ihres weißen Kittels und verlässt entnervt das BioTechMobil. „Das ist doch alles reine Propaganda“, schimpft sie.

Recht hat sie. Denn selbst der VCI bekennt unverhohlen in seinem Begleitheft: „Wenn Patienten verunsichert werden, wenn der Bevölkerung der Appetit auf gentechnisch modifizierte Agrarprodukte und Lebensmittel verdorben wird, dann muss dies immerwährender Ansporn sein, unsere Bringschuld an Informationen für die Öffentlichkeit nie aus den Augen zu verlieren.“ So rollt das BioTech-Gefährt weiter, auch wenn Katrin Grüber, bündnisgrüne Vizepräsidentin des NRW-Landtages, „dieses tendenziöse Mobil“ lieber nicht sehen würde.



UMWELT FONDS

Entziehen Sie Ihr Geld dem Kreislauf der Konzerne und Banken, geben Sie den Solidarinteressen mehr Gewicht, stärken Sie den **UMWELT**FONDS mit Ihrer Einlage.

Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Am Hackenbruch 87
40231 Düsseldorf

Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220

eMail: Co_gegen_Bayer@
Nadeshda.gun.de

Ja, ich habe Interesse:

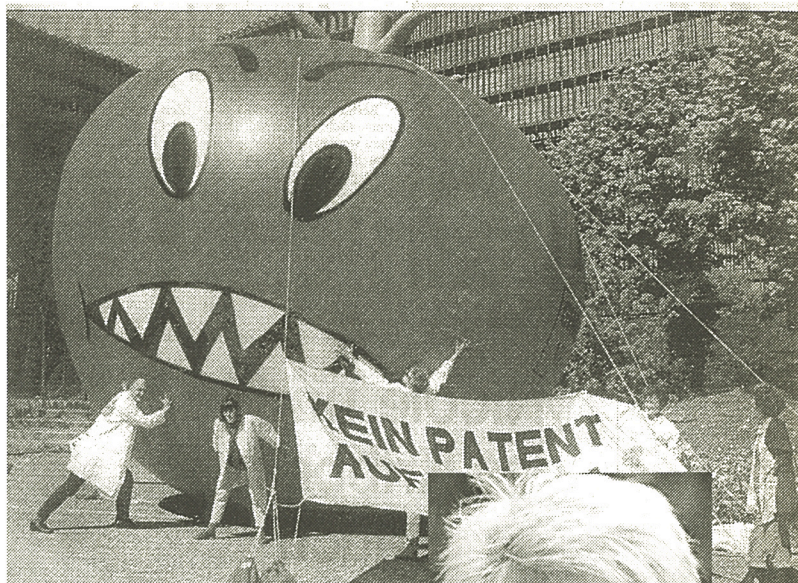
Name : _____

Telefon : _____

Adresse : _____

BUND und CBG kritisieren

Lehrpläne nach BAYER-Gusto



NRW-Schulministerin Gabriele Behler

Der in Nordrhein-Westfalen mit fünf Standorten vertretene BAYER-Konzern und seine Lobby-Organisationen haben offensichtlich massiven Einfluss auf die Lehrpläne für Gymnasien genommen. Anders lassen sich die einseitig industriefreundlichen Entwürfe, die der BUND in einer nachfolgend auszugsweise dokumentierten Stellungnahme heftig kritisiert, kaum erklären. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert zu Protestschreiben gegen die „Akzeptanzbeschaffung“ für „profitorientierte Hochrisikotechnologien“ durch die rot-grüne NRW-Landesregierung auf.

(BUND/SWB) „Eingriffe in genetische Informationen eröffnen zukunftsweisen- de Möglichkeiten für Medizin und Landwirtschaft.“ Dies ist kein Zitat aus der Werbebroschüre eines Chemie-Multies, sondern aus dem Entwurf des neuen Biologie-Lehrplans für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen. Auffallend darin ist der häufige Gebrauch des Wortes „Therapie“ im Zusammenhang mit der Gentechnik: Somatische Gentherapie, Keimbahntherapie, Therapie von Krebs. ... Den Lehrplangestaltern ist wohl entgangen, dass Keimbahntherapien beim Menschen einer internationalen Ächtung

unterworfen sind und auch nicht nur im Entferntesten als Lösungsmethoden bei Erbleiden in Erwägung zu ziehen sind.

Der Biologie-Lehrplan darf nicht als Instrument zur Akzeptanzbeschaffung profitorientierter Hochrisikotechnologien erhalten. Und was das ganze mit „Zukunftsfähigkeit“ oder „Nachhaltigkeit“ zu tun haben soll, hat sich offenbar selbst der Lehrplankommission nicht erschlossen, zumindest fehlen dazu jegliche Hinweise. ...

Auch die Hinweise auf Gentechnik in der Pflanzen- und Tierzucht sowie der Lebensmittelherstellung suggerieren leichte

Machbarkeit und Beherrschbarkeit. Der Lehrplankommission ist sicherlich nicht entgangen, dass nach aktuellen Umfragen vom März '98 über 80% der Verbraucherinnen und Verbraucher Gentechnik im Nahrungsmittelbereich kategorisch ablehnen. Soll hier durch frühzeitige Einflussnahme auf die Schulklientel dieses für die Agroindustrie und die Chemie-Multies unerfreuliche Ergebnis „verbessert“ werden?

Für den Themenbereich „Ökologische Verflechtungen und nachhaltige Entwicklung“ gelten ähnlich strukturierte Kritikpunkte. Statt „Therapie“ steht hier



Bitte ausschneiden und absenden.

Kein BAYER-Lehrplan!

Ich/wir protestiere/n gegen die von der NRW-Landesregierung vorgelegten Lehrpläne für die Sekundarstufe II, in denen einseitig industriefreundlich hochriskante Technologien verharmlost dargestellt werden und damit Akzeptanzbeschaffung für BAYER und andere Konzerne betrieben wird. Ich/wir fordern wissenschaftlich unabhängige Darstellungen, die auch die Risiken von Gentechnik, Pestiziden und Atomenergie darstellen. Ich/wir fordere/n die Landesregierung auf, die Lehrpläne unverzüglich zurückzuziehen und mich/uns über den weiteren Verlauf zu unterrichten.

An: Landesregierung NRW, Platz des Landtages, 40221 Düsseldorf. Kopie bitte an CBG.

„Ressource“ - ein dem ökonomischen Denken entstammender Begriff. ...

Das neue Curriculum redet in der Sprache der Pestizidhersteller von „Forstschädlingen“. Eine nachhaltige Forstwirtschaft hat gelernt, diese Organismen nicht aus anthropozentrischer Sicht zu verteufeln,

Das neue Curriculum redet in der Sprache der Pestizidhersteller von „Forstschädlingen“. Eine nachhaltige Forstwirtschaft hat gelernt, diese Organismen nicht aus anthropozentrischer Sicht zu verteufeln, sondern sie als Faktoren eines Ökosystems zu bewerten und zu akzeptieren.

sondern sie als Faktoren eines Ökosystems zu bewerten und zu akzeptieren. ... Ist die Jagd als Form einer Geisteskrankheit (Heuss) es überhaupt noch wert, als Anwendungsaspekt im Zusammenhang mit ökologischen Wechselbeziehungen erwähnt zu werden? Der Jäger (wie auch der Gentechniker) als Herrgott? Ökosyste-

me regeln sich von unten - ein Aspekt fächerübergreifenden Unterrichts?

Der BUND vermisst in einem der nachhaltigen Entwicklung gewidmeten Themenbereich den obligatorischen Hinweis auf den ökologischen Landbau. Stattdessen taucht der „integrierte Landbau“ auf, ein von der Pestizid-Industrie geschaffener Propaganda-Begriff zur Rechtfertigung des Einsatzes von Ackergiften.

In dem Entwurf der Ernährungslehre-Richtlinien feiert die Gentechnik ebenfalls fröhliche Urstände, ebenso wie im Chemie-Entwurf. Dort lässt PVC, dessen Synthese als Beispiel für Polymerisationsreaktionen herhalten muss, herzlich grüßen. Gerade dieser Kunststoff, der in Herstellung, Verwendung und Beseitigung zu den problematischsten aller Werkstoffe zählt, wird als Anwendungsbeispiel hoffähig gemacht - ohne Not, gibt es doch zahlreiche andere Beispiele weniger umweltbelastender Polymerisate.

Im Erdkunde-Entwurf schließlich erstet als Themenergänzung die Kernenergie wieder auf. Der BUND hält es für ange-

bracht, zwar im Physikunterricht die Kernspaltung und deren Anwendung als Hochrisikotechnologie zu besprechen, aber warum soll ausgerechnet in der Erdkunde unter dem Stichwort „Raumwirksamkeit von Energiegewinnung und -nutzung“ die Kernenergie als bereichernd und vertiefend herangezogen werden?

Bonn fördert Gentechnik

(ho) Auch die Bundesregierung hört auf den BAYER-Konzern und hat aktuell eine Initiative mit dem Ziel, „die Bio- und Gentechnik stärker zu nutzen“, gestartet. „Forschungsministerin“ Bulmahn will die wirtschaftlichen Chancen für die Gentechnik verbessern, insbesondere in den Bereichen „grüne Gentechnik, Veränderung von Pflanzen und gentechnische Herstellungsverfahren“. Bulmahn wörtlich: Ein „rationaler Diskurs über den möglichen Nutzen“ sei nötig.

ABONNIEREN SIE JETZT!

STICHWORT BAYER kritisiert mit einer Fülle von Fakten die globale Betätigung der Multis am Beispiel des BAYER-Konzerns. STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und über den Widerstand in aller Welt. STICHWORT BAYER ist ein einzigartiges Stück öffentlicher Kontrolle. Wenn auch Sie meinen, diese Kontrolle muss wirksamer werden, abonnieren Sie jetzt, werden die (Förder-)Mitglied!

.....G.O.U.P.O.N.....

Ja,

ich finde öffentliche Kontrolle der Multis bedeutsam. Ich möchte abonnieren bzw. (Förder-)Mitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) werden. Dafür erhalte ich viermal im Jahr STICHWORT BAYER (SWB) und zusätzlich gratis den SWB-TICKER als Supplement.

- ☐ Ich werde (Förder-)Mitglied mit einem Beitrag von _____ DM/Monat (mind. 10 DM/Monat). (Förder-)Mitglieder erhalten STICHWORT BAYER (SWB) und das SWB-Supplement TICKER gratis.
- ☐ Ich möchte aktiv mitarbeiten.
- ☐ Ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für _____ DM/Jahr (mind. 60 DM/Jahr). Dafür erhalte ich das SWB-Supplement TICKER gratis.
- ☐ Ich erhalte STICHWORT BAYER (SWB) bereits regelmäßig und möchte zusätzlich weitere _____ Hefte für 3 DM/Heft (incl. Porto) zur Weitergabe an FreundInnen und Bekannte.

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. meine Abgebühr/meinen Beitrag bis auf Widerruf von meinem Konto

☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich per Lastschrift einzuziehen.

Bank

Kontonummer

Blz

Name,
Adresse

Bitte einsenden an:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V., Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40

Unterschrift

Die Grabschänder



Im Bereich dieses Werksteils von BAYER/Uerdingen befand sich der jüdische Friedhof

Formell hatte alles seine Richtigkeit. In der Amtsstube des Notars Hermann Paltzer unterzeichneten Julius Israel Kohn von der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ und Bernhard Hoffmann als Vertreter der IG FARBEN den Kaufvertrag: Für eine Summe von 3.000 Reichsmark ging das 100.000 m² große Grundstück des jüdischen Friedhofs in den Besitz des Großkonzerns über. Im Kleingedruckten tobte sich dann die Regelungswut des Bürgerlichen Eigentumsrechts aus. Erst wenn auch der Eintrag ins Grundbuch erfolgt ist, sollte der Besitzerwechsel als rechtmäßig vollzogen gelten, legte ein Paragraph fest. Ein Passus klärte die Haftungsfrage im Falle sichtbarer oder unsichtbarer Sachmängel des Verkaufsobjekts. In einem anderen Absatz musste der Verkäufer garantieren, dass weder Hypotheken noch Zinsen das Areal belasten. Eine offiziöse Beglaubigung erhielt das scheinbar ganz normale Immobilien-geschäft schließlich durch den Stempel des Kre-felder Finanzamts.

Aber dieses Vertragswerk ist nur eines von vielen Beispielen für die durchbürokratisierte Form, die der Nazi-Terror vielfach annahm. Eine Million Akten aus den Archiven der damaligen Finanzbehörden dokumentieren den lebhaften Handel, den die Volksgemeinschaft „ganz legal“ mit jüdischem Eigentum trieb. Der Düsseldorfer Politik-Professor Dr. Wolfgang Dresen stieß bei Recherchen zufällig auf die Unterlagen. Er machte sich an die wissenschaftliche Bearbeitung und ließ die Ergebnisse in die Ausstellung

So barbarisch der NS-Staat sechs Millionen Juden umbrachte, so berechnend schlug er aus der Hinterlassenschaft seiner Opfer Profit. Staatliche Behörden boten beschlagnahmtes jüdisches Eigentum zu Schleuderpreisen feil, und „Hitlers willige Helfer“ rissen sich um Schmuck, Kunstgegenstände, Mobiliar, Häuser und Grundstücke. Auch die Uerdinger IG FARBEN-Niederlassung, die nach dem Krieg in den Besitz von BAYER überging, konnte ein Schnäppchen zur Werkserweiterung machen. Sie ergatterte den jüdischen Friedhof des Ortes.

Von Udo Hörster

„Aktion 3 - Deutsche verwerten jüdische Nachbarn“ einfließen, die bis Ende Februar im Stadtmuseum Düsseldorf zu sehen war.

Die Naziführung begann zwar unmittelbar nach Regierungsantritt mit ihren antijüdischen Hetzkampagnen, sie wollte aber gleichwohl verhindern, dass sie über Plünderungen, Brandschatzungen und anderen Willkürakten ihr Gewaltmonopol an den Kleinbürgermob verliert. Um einen ordnungsgemäßen Ablauf der Barbarei zu gewährleisten, goss sie Unrecht in Recht. Das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ läutete unmittelbar nach der Machtergreifung die „zwangsweise Gesamtentjudung“ ein. In immer kürzeren Abständen folgten weitere „Maßnahmen zur legalen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft. Den Fortgejagten wurde eine „Reichsfluchtsteuer“ erpresst; eine andere Verordnung ermächtigte die Behörden, den jüdischen BürgerInnen Ultimaten zur Veräußerung ihres Besitzes zu stellen. Entsprechend weit unter dem eigentlichen Verkehrswert lagen dann die

1942 „arisierte“ das Uerdinger IG FARBEN-Werk einen jüdischen Friedhof

erzielten Erlöse: Noch nicht einmal drei Pfennige musste die IG FARBEN pro Quadratmeter für das Friedhofsgelände zahlen.

Um einen freien Vertragspartner handelte es sich bei der von Julius Kohn repräsentierten „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ also nur auf dem Papier. Der Legalismus der Nazis schreckte in seiner Perfidie nicht einmal davor zurück, die Opfer selber zu verwaltungs-

BAYER verweist auf die formale Rechtmäßigkeit des Immobiliengeschäfts.

technischen Agenten der „Arisierung“ zu machen. Die „Reichsvereinigung“, per Dekret dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt, musste die Briefe schreiben, die die Juden zum Verlassen des Landes aufforderten. Vordrucke, auf denen die Besitztümer aufzuführen waren, durften in den Schreiben nie fehlen. Die Organisation wurde auch gezwungen, Listen mit den Namen derjenigen Juden zu liefern, die noch in „arischen Häusern“ lebten. Der Verkauf der jüdischen Friedhöfe stellte ihre letzte Amtshandlung dar. Die 1941 auf der Wannsee-Konferenz beschlossene „Endlösung der Judenfrage“ hatte das Reich weitestgehend „reinrassig“ gemacht, und das zurückgelassene jüdische Eigentum war ebenfalls unter die Leute gebracht. Man konnte es nur noch von den Toten nehmen. Nachdem dies mit deutscher Gründlichkeit vollbracht war, lösten die Nazis die „Reichsvereinigung“ auf, versteigerten das Büro-Inventar und deportierten die Angestellten.

Die Spuren des jüdischen Friedhofs in Krefeld sind bis heute ausgelöscht. Die NS-Dokumentationsstelle kann nur ungenaue Angaben über die Lage des Grundstücks machen. Das Stadtarchiv ist nicht im Besitz von Stadtplänen aus den 20er oder 30er Jahren - bloß von solchen aus dem 18. Jahrhundert. Das Katasteramt hat nach eigenen Angaben ebenfalls keine Unterlagen aus der damaligen Zeit.

Alte Flurbücher, so ein Angestellter der Behörde, würden aber nahelegen, dass sich die Ruhestätte ungefähr dort befunden hätte, wo heute das Tor 1 des BAYER-Werkes ist. Bezeichnenderweise war es dann eine Journalistin aus Israel, die durch beharrliche Recherchen bei den Krefelder Behörden den genauen Standort des Friedhofs auf dem Konzern-Gelände bestimmte.

Nach jüdischem Glauben bedeutet die Inbesitznahme des Friedhofs, ohne eine Exhumierung der Leichen vorgenommen zu haben, eine fortwährende Grabschändung. Als in Hamburg in den 80er Jahren eine jüdische Ruhestätte von einem Supermarkt überbaut werden sollte, rannten die Jüdischen Gemeinden Sturm gegen dieses Vorhaben. Nicht zuletzt aus diesem Grund ordneten die Alliierten 1945 die sofortige Rückgabe aller Friedhöfe an, aber BAYER gelang es, den Arisierungsgewinn vor den Behörden zu verheimlichen.

Noch nicht einmal drei Pfennig musste die IG FARBEN pro Quadratmeter für das Friedhofsgelände zahlen.

In Krefeld gibt die Grabschändung zu keinem Skandal Anlass. BAYER verweist auf die formale Rechtmäßigkeit des Immobiliengeschäfts und will so die späten Früchte des NS-Legalismus' ernten. Die NS-Dokumentationsstelle macht ihre Informationen nicht publik und die Krefelder Zeitungen schweigen sich über die „Aktion 3“-Ausstellung aus. Das belastende Aktenmaterial sollte nach dem Willen der Behörden eigentlich auch unter Verschluss bleiben: als Finanz-Unterlagen unterliegen sie dem Steuerrecht und sind somit aus Datenschutz-Gründen 80 Jahre gesperrt. Wolfgang Dresen machte sich mit der Veröffentlichung formal strafbar.

Ganz offen darf in Krefeld dagegen der ehemaligen Täter gedacht werden. Auf dem pompösen Familiengrab der ter Meers entdeckte Wolfgang Dresen vor



Ehrengrab der Familie ter Meer in Uerdingen

dem Stein Fritz ter Meers einen meterhohen Kranz von BAYER als Ehrenbezeugung. Fritz ter Meer war von 1926 bis 1945 im Vorstand des Zyklon B-Konzerns IG FARBEN und bekleidete wichtige Funktionen im NS-Staat. Das Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal verurteilte ihn wegen „Plünderung“ und „Versklavung“ zu sieben Jahren Haft. Nach der Verbüßung von vier Jahren kam er frei und kehrte wenig später als BAYER-Aufsichtsratsvorsitzender an die alte Wirkungsstätte zurück.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert den Konzern auf, sich öffentlich für die Grabschändung zu entschuldigen, eine angemessene Entschädigung zu zahlen und eine Gedenktafel an der entsprechenden Stelle anzubringen.



AGFA an der Börse – Belegschaft auf der Straße

Das Werk Neu-Isenburg, das die AGFA-GEVAERT AG erst im letzten Jahr erworben hat, soll zum 31. 12. 1999 geschlossen werden. Im ersten Schritt sind über 650 Arbeitsplätze betroffen. Über die Hintergründe und die laufenden Auseinandersetzungen äußert sich der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Werkes, Peter Scholz.

Schließung des Werks Neu-Isenburg

?: Vor einem Jahr kaufte die AGFA GEVAERT mit vollmundigen Versprechungen das Werk Neu-Isenburg. Warum soll eurer Meinung nach jetzt der Standort Neu-Isenburg dichtgemacht werden?

Peter Scholz: Nach unserer Meinung hat man Neu-Isenburg nur gekauft, um den Markt zu kaufen. Das wird von der Geschäftsleitung zwar so abgestritten, aber auf Grund der Vorgehensweise, die wir im letzten Jahr beobachten konnten, erhärtet sich für uns dieser Eindruck. Es haben Verschiebungen von Produkten stattgefunden hin an andere Standorte, wie Mortzel in Belgien. Es wurden systematisch auch die Qualitätsstandards so geändert, dass wir gar keine Chance mehr hatten, vernünftige Produkte abzugeben. Es wurde die Verkaufsorganisation zerschlagen und zum Schluss sogar Verkäufer angewiesen, keine Neu-Isenburger Produkte mehr zu verkaufen. Von daher ist das für uns eine ganz klare Geschichte, die haben tatsächlich den Kauf nur getätigt, um den Markt zu kaufen.

?: Was werden die Auswirkungen in der Region sein, wenn dieses Werk geschlossen wird?

Peter Scholz: Die direkte Auswirkung wird sein, daß 650 Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist auch für die Rhein-Main-Region sehr erheblich, nach dem was hier gelaufen ist mit der Zerschlagung der HOECHST AG und den dazugehörigen personellen Maßnahmen. Weiterhin sind natürlich auch die Zulieferer betroffen. Wir haben eine Logistik, das Lager in Dreieichenhain das von DANZAS betrieben wird, wo über 100 Leute beschäftigt sind. Wir haben natürlich die verschiedenen Serviceunternehmen. Das geht von den Putzkolonnen bis hin zu den Handwerkern. Wenn man das Ganze betrachtet, so ist das erheblich. Vor allen Dingen, weil auch ein großer Teil der Tätigkeiten im angelernten und im Hilfsarbeiterbereich liegt. Diese Jobs bekommt man ja nicht einfach wieder und vor allem nicht wieder zu Chemielöhnen. Der nächste Punkt ist, die Leute kommen aus dem Vollkonti-Schichtbetrieb, und wenn man sich das mal ansieht, was da im Einzelnen passiert, dann

zeichnet sich für einige tatsächlich nicht der soziale Abstieg sondern der soziale Fall ab.

?: Wie organisiert ihr den Widerstand gegen die Stilllegungspläne?

Peter Scholz: Das ist eine schwere Frage. Ich denke, dass wir keine Möglichkeit mehr haben, die Stilllegung überhaupt zu verhindern. Also von daher, einen Widerstand gegen etwas zu führen, was man nicht mehr verhindern kann, halte ich für Kampf gegen Windmühlen. Unser Augenmerk richtet sich darauf, vernünftige Sozialplanmaßnahmen zusammen zu bekommen und abgesicherte Schulungsmaßnahmen. Das ist nicht das,

Nach unserer Meinung hat man Neu-Isenburg nur gekauft, um den Markt zu kaufen.

was sich der Arbeitgeber vorstellt. Der will einen Transfersozialplan machen, der dann so aussieht, dass den Leuten bei den Bewerbungen geholfen wird und dass dafür keine Abfindungen gezahlt werden. Wir wollen eine qualifizierte Weiterbildung für unsere Kollegen. Wir brauchen hier massive Umschulungsmaßnahmen, damit diese Leute auch wieder eine Chance haben, irgendwo ihren Broterwerb zu bekommen. Man kann uns da sicherlich vorwerfen, wir haben den Kampf um das Werk aufgegeben, aber wir sehen keine Möglichkeit mehr, weil da Fakten geschaffen worden sind, die einen Weg zurück einfach nicht mehr offen lassen, zumindestens nicht mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben.

?: Gibt es Solidarität aus dem In- und Ausland und wie verhalten sich die Betriebsräte der anderen Standorte?

Peter Scholz: Fangen wir mal mit dem Ausland an. Wir haben Solidaritätsadressen bis aus Brasilien bekommen und natürlich auch vom Standort Mortzel in Belgien. Wir haben auch die Solidarität der Standorte innerhalb der AG, also in Deutschland und besonders, was auch sehr wichtig ist, des nächsten Standorts Wiesbaden. Wir arbeiten sehr eng mit den Betriebsräten in Wiesbaden zusammen, auch wo es darum geht,

personelle Maßnahmen durchzuführen, wie beispielsweise Versetzungen von Neu-Isenburger Kollegen nach Wiesbaden. In diesem Zusammenhang eine andere Bemerkung: Der Betriebsratsvorsitzende von Wiesbaden, der auch Mitglied des Aufsichtsrates ist, hat uns spontan aus seinen Aufsichtsratsantien 5.000 Mark zur Verfügung gestellt, damit wir im Notfall auch über Mittel für Aktionen verfügen.

?: Welche Reaktionen gibt es in der Öffentlichkeit und wie haben die Parteien reagiert?

Peter Scholz: Wir haben in Neu-Isenburg eine Demonstration veranstaltet, die auch großen Zulauf von der Bevölkerung hatte. Wir haben 1.500 Menschen mobilisieren können. Im Vergleich dazu muss man sehen, daß in Neu-Isenburg auf Veranstaltungen wie der Maikundgebung über den Tag 30 Leute kommen. Das ist eine mächtige Demonstration gewesen, und auch die Vertreter der Politik haben uns bestätigt, dass es eine solche Demonstration in Neu-Isenburg noch nie gegeben hat. Wir haben Solidaritätsadressen und Unterstützung erfahren von der SPD und von den Grünen. Auch die DKP hat sich mit einer Gruß- und Solidaritätsadresse gemeldet. Wir haben Kontakte zum Bürgermeister von Neu-Isenburg, der sich auch eingeschaltet hat und versucht hat, Einfluss auf die Maßnahmen zu nehmen. Allerdings muss man sagen, dass AGFA da sehr dickfellig ist und solche Bestrebungen einfach abgleiten läßt.

?: Wie schätzt du die Rolle der Gewerkschaft in diesen Auseinandersetzungen ein und welche Anforderungen entwickelt ihr in diesem Zusammenhang an die Gewerkschaft?

Peter Scholz: Ich halte in dieser Situation die Gewerkschaften für ausgesprochen wichtig und sage ganz klar, ohne Gewerkschaften ist eine solche Situation in keiner Weise zu meistern. Wir benötigen von den Gewerkschaften Beratung im rechtlichen und organisatorischen Bereich. Zum Beispiel Unterstützung für Kundgebungen, wie wir sie gemacht haben. Ein einzelner Betriebsrat eines Betriebes wäre vollkommen überfordert, wenn er das alleine machen muß. Hier braucht man die Unterstützung der Gewerkschaften und ich muß auch feststellen, für meine Gewerkschaft ist das auch der Fall.

?: Welche Alternativen seht ihr zu dieser Schließung, du sprachst vorhin von Weiterqualifizierungsmaßnahmen?

Peter Scholz: Wir haben ein Konzept entwickelt, das man nur in groben Zügen skizzieren kann. Es gibt einmal die Möglichkeit, die verschiedenen Vorruhestandsmaßnahmen auf andere Standorte auszuweiten, z. B. auf Wiesbaden. Der Tarifvertrag der chemischen Industrie sieht ja die Altersteilzeit vor. Es gibt eine attraktive Altersteilzeitregelung und wir sagen, man muß sie vielleicht noch mal ein bisschen attraktiver gestalten, damit auch im Standort Wiesbaden die Leute rausgehen und wir dann unsere Mitarbeiter nach Wiesbaden versetzen können. Wir haben natürlich auch die Überlegung mit den Mitteln und der Hilfestellung der Arbeitsämter und mit Mitteln der AGFA, Qualifizierungsmaßnahmen im Sinne von Umschulungen und Weiterbildungen zu organisieren.

Das Eigentum der Unternehmen steht bei uns eigentlich immer noch sehr viel höher als die Rechte der Beschäftigten.

?: Du sprachst davon, dass eine Stillelegung nicht mehr zu verhindern ist, weil vorher Fakten gesetzt worden sind. Wie schätzt ihr das ein: Gibt es überhaupt Möglichkeiten, die Stillelegung zu verhindern?

Peter Scholz: Also, wenn man mal sieht, was ist in der Vergangenheit geschehen ist, dann fällt mir persönlich nur ein Beispiel ein, wo das zeitweise geschafft wurde. Das war KRUPP in Rheinhausen, wo man eine Schließung nach hinten rausgezogen hat. Ansonsten ist mir nichts bekannt, wo man das tatsächlich verhindern konnte. Das gibt das derzeitige Betriebsverfassungsgesetz auch nicht her. Auch wenn es Mitbestimmung heißt, es ist ja keine. Es gibt eine Mitbestimmung nur solange, wie der Besitzer eines Unternehmens nicht allzusehr eingeschränkt wird in seinem Eigentum. Denn das Eigentum der Unternehmen steht bei uns eigentlich immer noch sehr viel höher als die Rechte der Beschäftigten.

?: Was müsste deiner Meinung nach am Betriebsverfassungsgesetz geändert werden?

Peter Scholz: Mitbestimmungsrechte müssten tatsächlich Mitbestimmungsrechte werden, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten, und das müsste sehr viel stärker auch rechtlich verankert werden. Wenn man beispielsweise diese schon fast scheinheilige Prozedur sieht, wie sie in den Aufsichtsräten abläuft.

Für einige zeichnet sich nicht der soziale Abstieg sondern der soziale Fall ab.

Man redet von einer paritätischen Besetzung und hat auch tatsächlich die gleiche Anzahl, stellt dann aber fest, wenn ein Patt kommt, dann kann die Kapitalsseite mit ihren Vorsitzenden einfach das doppelte Stimmrecht ausüben. So lange dieser Mechanismus so funktioniert, wird man auch keine vernünftige Mitbestimmung hinbekommen. Man bräucht eigentlich einen Mechanismus, der so ist wie in der Montanmitbestimmung, mit einem neutralen Vorsitzenden. Oder man schafft das doppelte Stimmrecht ganz ab und sagt, es muss eine Mehrheitsentscheidung geben. Unser Beispiel hat ganz klar gezeigt, mit welcher Rasanz Entscheidungen gegen die Argumente der Arbeitnehmerseite beschlossen wurden. Es wurde einfach gesagt: das haben wir jetzt alles zur Kenntnis genommen, aber jetzt stimmen wir ab; erste Abstimmung passt, zweite Abstimmung gleich hinterher mit dem doppelten Stimmrecht, und dann ist das Thema erledigt. Da kann man nicht mehr von Mitbestimmung reden, das ist einfach ein Diktat. Da wird gesagt: Mitbestimmung ist so lange wie ihr mit uns stimmt, und wenn ihr nicht mit uns stimmen wollt, machen wir auch keine Mitbestimmung mehr.

?: Wie geht das weiter bei Euch, was sind die nächsten Schritte?

Peter Scholz: Wir stecken in Gesprächen zum Interessenausgleich. Wir werden parallel dazu natürlich auch sehen, wie man vernünftige Qualifizierungen für die Leute hinbekommt, damit die Kollegen wieder in Beschäftigung kommen. Das ist unser Hauptziel, neben einem akzeptablen Sozialplan. Unser Ziel ist der Erhalt des sozialen Status, den sich die Leute zum Teil über zwanzig, dreißig Jahre erarbeitet haben und das muss man irgendwie hinkriegen.

Das Interview führte Wolfgang Teuber, wir danken der UZ für die Abdruckgenehmigung.

Geklont und patentiert.

Es geht um das Wohl der Menschheit. Mal wieder. Novel Food, Gene-Pharming, Genetische Diagnostika, Reproduktionstechnologie und andere Unwörter beherrschen das Feld. Die verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt bleiben weitgehend unerörtert. Dabei geht Gentechnik alle an. Nur wer Bescheid weiß, kann sich wehren.

Florianne Koechlin (Hg.), **Das patentierte Leben**. Sollen genmanipulierte Pflanzen und Tiere patentiert werden können? Die Kombination von Gentechnik und Patentierung wird gefährliche Auswirkungen haben auf die ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft, auf die wissenschaftliche Forschung und auf die Ernährungsgrundlagen der Menschheit. Buch Rotpunkt, ca. 248 S., 30,00 DM.

Bestell-Nr. 1 691 453

Schnäppchen/preisreduziert
Ruben Scheller, **Das Gen-Geschäft**. Auch wenn bereits 10 Jahre alt, ist dieses Buch doch von brennender Aktualität. Umfassend werden alle Felder der Bio- und Gentechnologie behandelt und in den gesellschaftlichen Rahmen gestellt. Das Buch ist seit langem vergriffen, wir haben ein Kontingent im Keller entdeckt und können nun zu einem Super-Schnäppchen-Preis liefern. Buch Weltkreis, ca. 284 S., früher 19,80 DM, jetzt bei uns nur noch schlappe 5,00 DM.

Bestell-Nr. 1 423 451

Oliver Ressler, **geGEN-Welten**. In mehreren Städten Europas laufen große Gentech-Ausstellungen unter dem Titel „GEN-Welten“. Dieses Buch dokumentiert den Widerstand gegen BAYER&Co. Buch, sehr viele Fotos, edition selene, ca. 115 S., 27,00 DM.

Bestell-Nr. 1 660 718

Am Anfang war Dolly. Geklont und manipuliert, das Leben als Spielzeug der Wissenschaft. Wie sieht es aus mit der Züchtbarkeit des Menschen? Buch Heyne, ca. 210 S., 14,90 DM.

Bestell-Nr. 1 134 680

Gentechnologie. Grundwissen über Funktionsweise und Risiken der Gentechnologie: 45 gut verständlich aufgebaute Schaubilder geben einen Überblick über die wichtigsten Argumente. Dieses Buch braucht jeder, der sich informieren und mitreden möchte. Buch C.H. Beck, 122 S., 17,80 DM.

Bestell-Nr. 1 340 016

Gentechnik-Die Wachstumsbranche der Zukunft. Umfassender Überblick: Grundlagen, Funktion, Anwendungsgebiete, Produkte, Märkte, Risiken. Buch Fischer, ca. 270 S., 24,90 DM.

Bestell-Nr. 1 122 910

Lisbeth N. Trallori (Hg.) **Die Eroberung des Lebens**. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert unterwerfen die Konzerne das Leben den Bedingungen ihrer Profite. Technik und Gesellschaft stehen vor einer Wende. Wie verläuft die Eroberung des Lebens? Was hat sie für uns zu bedeuten? Buch Gesellschaftskritik, ca. 315 S., 40,80 DM.

Bestell-Nr. 1 152 328

Nur bei uns:
Stoppt BAYER-Gentechnik! Beim Geschäft mit den Genen locken neue Profit-Milliarden. BAYER ist ganz vorne dabei. Mit Patenten auf Tiere und Pflanzen und mit Kreuzung aller nur erdenklichen Gene. Reader DINA4 Hg. 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', ca. 120 Seiten. Einzel Exemplar nur 15,00 DM, ab 5 Expl. nur noch 5,00 DM.

Bestell-Nr. 1 000 007

Bei uns preisreduziert/
Schön gesund und ewiger leben. Bilder und Geschichten zur Gentechnik. Fakten und Motivation zum Widerstand gegen eine "unmenschliche Technologie". Buch rotPunkt, Großformat, ca. 130 S., 33 vierfarbige Bilder, bisher 46,00 DM, jetzt bei uns nur noch 15,00 DM.

Bestell-Nr. 1 691 593

Politische Ökonomie der Gentechnik. Wie BAYER & Co. mit der Gentechnologie neue Höchstprofite planen. Und sich dafür den gesetzlichen und sonstigen Rahmen schaffen. Buch Edition Sigma, ca. 228 S., 34,80 DM.

Bestell-Nr. 1 004 071

Bei uns preisreduziert/
Gene, Frauen und Millionen. Die Reproduktionstechnologie, einer der zentralen Zweige der Gentechnik, ist ein Angriff auf die Frauen. Es geht darum, "perfekte" Menschen zu produzieren. Ohne Frauen. Und solange Frauen noch nötig sind, unter der Kontrolle der GentechnikerInnen Ein spannender Report. Buch rotPunkt, ca. 200 S., viele Fotos und Dokumente, früher 17,00 DM, jetzt bei uns nur noch 15,00 DM.

Bestell-Nr. 1 690 368

Bei uns preisreduziert/
Der gläserne Mensch im Betrieb. Gentechnische Analyse von Beschäftigten und die Folgen: Nicht die Arbeitsbedingungen werden gesünder, sondern "resistente" Beschäftigte werden gesucht. Buch rot-

Punkt, ca. 240 S., bisher 26,00 DM, jetzt bei uns nur noch 15,00 DM.

Bestell-Nr. 1 690 643

Gefährliches Wissen. Das 'Human Genome Project', die Entschlüsselung des menschlichen Gen-Codes, wird mit zig Milliarden vorangetrieben. In den USA wird die Klonierung des Menschen bereits geplant. Schöne neue Welt? Schreckliche Zukunft? Buch Rotbuch, ca. 300 S., 36,00 DM.

Bestell-Nr. 1 224 676

Bei uns preisreduziert/
Basler Appell gegen Gentechnologie. Was halten qualifizierte Wissenschaftler und Profis von der Gentechnik? Nahezu zwei Dutzend der profiliertesten GentechnikerInnen der Welt kommen hier zu Wort. Buch rotPunkt, ca. 270 S., Fotos, früher 28,00 DM, jetzt bei uns nur noch 15,00 DM.

Bestell-Nr. 1 690 562

Gentechnik - Der Griff nach dem Erbgut. Weshalb geht Gentechnik uns alle an? Was ist daran gefährlich? Wer praktiziert Gentechnik? Und weshalb und warum? Ein Buch, das Antworten gibt. Für Einsteiger und Fortgeschrittene gleichermaßen geeignet. Buch Bastei-Lübbe, ca. 280 S., 14,90 DM.

Bestell-Nr. 1 604 253

Bei uns preisreduziert/
Gefahrenzone. Den zentralen Bedenken der KritikerInnen der Gentechnik sind umfangreiche Interviews mit GentechnikerInnen gegenübergestellt. Buch rotPunkt, ca. 200 S., früher 26,00 DM, jetzt nur 15,00 DM.

Bestell-Nr. 1 690 783

Stichwort Klonen. Grundlagen, Möglichkeiten und gesellschaftliche Auswirkungen der Reproduktionsmedizin. Leicht verständlich dargeboten. Viele Grafiken veranschaulichen die Problematik. Mit Register. Buch Heyne, ca. 115 S., 12,90 DM.

Bestell-Nr. 1 134 699

Lügen, Lobbies, Lebensmittel. Was schön glänzt und gut schmeckt ist noch lange nicht gesund. Wie die Lebensmittelindustrie funktioniert, wer dahinter steckt, worauf geachtet werden muß. Buch Kunstmann, ca. 218 S., nur 29,80 DM.

Bestell-Nr. 1 971 802

Gentechnik im Supermarkt. Lebensmittel aus der Retorte sind mittlerweile Realität. Die Konzerne treiben die Entwicklung rasant voran. Aktuelle Trends und VerbraucherInnen-Tipps. Buch Rowohlt, ca. 200 S., 12,90 DM.

Bestell-Nr. 1 133 970

✕ Jetzt bestellen bei:

MENSCH+UMWELT-SPEZIALVERSAND

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon 0211 - 26 11 210, Fax 0211 - 26 11 220, eMail ökonzept@t-online.de

Anz.	Best.-Nr.	Kurztitel	DM
1	XXXXXX	kostenl. Ges.Prospekt	,- DM
.....			
.....			
.....			
.....			
Porto/Verpackung Inland (Ausland je nach Kosten)			8,- DM
Gesamtbetrag			DM
.....			
Bitte Scheck oder Einzugsermächtigung:			
Bank			
Konto			
Bankleitzahl			
.....			
.....			
.....			
Datum/Unterschrift			

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und STICHWORT BAYER schließen sich der Initiative von JournalistInnen an und stellen den Anzeigenplatz für diese Anzeige zur Verfügung

Beendet den Krieg sofort!

„Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: NEIN!“
(Kurt Tucholsky)

Journalistinnen und Journalisten fordern: Beendet den Krieg sofort!

Der seit Wochen geführte Krieg der NATO gegen Jugoslawien ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die NATO-Statuten. Zudem verbietet das Grundgesetz die Beteiligung deutscher Soldaten an diesem Angriffskrieg (Artikel 26, Absatz 1). Und: Schon seit Tagen ist offensichtlich, daß die unablässigen Bombardements das angegebene Ziel — den Schutz der Menschen im Kosovo vor Ermordung und Vertreibung — nicht erreichen konnten. Sie haben im Gegenteil dazu geführt, daß sich die Spirale der Gewalt auf dem Balkan nur noch schneller dreht.

Der Weg des Krieges ist ein Irrweg. An die rot-grün geführte Bundesregierung und ihre NATO-Partner richten wir deshalb die Forderung, diesen Weg unverzüglich zu verlassen und so das Feld für eine Verhandlungslösung unter Führung der Vereinten Nationen freizumachen. Nötig ist jetzt außerdem eine europäische Flüchtlingspolitik, die den Geflohenen und Vertriebenen sichere Orte und neue Lebensperspektiven bietet. Beides ist mit Bomben nicht zu erreichen.

An die Kolleginnen und Kollegen in den Reaktionen appellieren wir, den militärischen Quellen aller kriegführenden Parteien mit größtem Mißtrauen zu begegnen und in der Berichterstattung die notwendige kritische Distanz zu wahren — damit die Sprache des Krieges nicht noch mehr die Sprache der Medien wird.

Assmussen, Peter, Köln; Bader, Ernst, Textdichter, Hamburg; Ballauf, Helga, Journalistin, München; Barck, Susanne, Journalistin, München; Becker, Rolf, Schauspieler/Vorsitzender der IG Medien Hamburg; Beckhardt, Lorenz, Fernsehjournalist, Bonn; Behrens, Roger, Publizist, Hamburg; Behring, Martin W., Fernsehjournalist, Geesthacht; Bejerano, Esther, Hamburg; Beiteltes, Wulf, Fernsehjournalist, Hamburg; Bergstedt, Jörg, Redakteur, Reiskirchen-Saasen; Beucker, Pascal, Redaktionsleiter taz Ruhr, Köln; Biehl, Bernd, Redakteur, Frankfurt/Main; Bischoff, Joachim, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg; Bischoff, Jürgen, Journalist, Vorsitzender dju/IG Medien Hamburg; Boclonck, Inge, Redakteurin, Hamburg; Böhm, Michaela, Journalistin, dju/IG Medien-Landesvorstand Hessen, Frankfurt/Main; Breiholz, Jörn, Redakteur Stadtmagazin HH19, Hamburg; Breuer, Harald, Journalist, Offenburg; Breuer, Wolfgang, Redakteur, Hamburg; Conrad, Andreas, Redakteur, Hamburg; Corinth, Stefan, Filmemacher, Hamburg; Czarnecki, Mirko, Redakteur, Hamburg; Dandorfer, Ariane, Journalistin, Trier; Enger, Michael, Fernsehjournalist, Hamburg; Ernst, Karl, Redakteur, Frankfurt/Main; Feyerabend, Erika, Herausgeberin Bioskop, Essen; Fittkau, Ludger, Journalist, Essen; Frank, Barbara, EMMA-Redakteurin, Köln; Franke, Thorsten, Internet Presence Provider, Hamburg; Frech, Günter, Journalist, Hamburg; Friedetzky, Anita, Freies Sender Kombinat, Hamburg; Fürniss, Ulrike, Journalistin und Gewerkschaftssekretärin, Hamburg; Garbrecht, Annette, Journalistin, Hamburg; Gärtner, Birgit, Journalistin, Hamburg; Geese, Astrid, Filmassistentin, Berlin; Gerlach, Cornelia, Journalistin, Berlin; Gerlach, Rasmus, Filmemacher, Hamburg; Gottfried, Horst, Journalist, Hamburg; Görlitzer, Klaus-Peter, Journalist, Hamburg; Grasseck, Alexander, Filmemacher, Hamburg; Gutzeit, Peter, Stadtmagazin HH19, Hamburg; Gwiasda, Peter, Redakteur Frankfurter Rundschau, Wehrheim; Haake, Gunter, Journalist, Vorstand dju/IG Medien München; Hallaschka, Andreas, STERN-Redakteur, Hamburg; Hanke, Franz-Josef, Journalist, Hauptvorstand IG Medien, Marburg; Hasselbring, Walter, Redakteur, Hamburg; Hermani, Christoph, Journalist, Hamburg; Hermel, Hans-Jürgen, Journalist, Vorsitzender der Fachgruppe Rundfunk/Film/AV-Medien der IG Medien Niedersachsen; Hervé, Dr. Florence, Autorin, Düsseldorf; Hesslein, Bernd C., Rundfunkjournalist, Hamburg; Hettfleisch, Wolfgang, Redakteur, Frankfurt; Hinrichs, Beate, Rheinisches Journalistenbüro, Köln; Hösch, Andrea, Redakteurin, Hamburg; Hofer, Hermann, Kulturredakteur, Lübeck; Hoffmann, Felix, Stadtmagazin HH19, Hamburg; Hoffmann, Frank, Nachrichtenredakteur Radio Salü, Saarbrücken; Hohaus, Gerd-Peter, Redakteur, Hamburg; Holzer, Ralf, Journalist, Hamburg; Hörschemeyer, Brigitte, Redakteurin, Lübeck; Hoyer, Birgit, Redakteurin taz, Hamburg; Hüsing, Barbara, Hamburg; Jansen, Maria, Journalistin, Hamburg; Jogschies, Dr. Rainer B., Publizist, Hamburg; Joho, Michael, Journalist, Hamburg; Kaucher, Simone, Journalistin, Marburg/Lahn; Kaven, Wolfgang, Schauspieler & Journalist, Hamburg; Kayser, Birgit, Tontechnikerin, Hamburg; Kieser, Albrecht, Rheinisches Journalistenbüro, Köln; Knoche, Michael, Journalist, Frankfurt/Main; Kobus, Amadore, Redakteurin, Hannover; Koch, Dr. Wilhelm, Norderstedt; Kock, Mechthild, Journalistin, Stade; Köhler, Otto, Mitherausgeber Ossietzky, Hamburg; König, Uta, Fernsehjournalistin, Hamburg; Konanz, Hans, Redakteur, Oberursel/Taunus; Kreider, Wolfgang, Jurist, IG Medien, Hamburg; Kreuzer, Rainer, Fernsehjournalist, Hamburg; Krüger, Anja, Journalistin, Köln; Küppersbusch, Friedrich, Journalist, Köln; Kuspert, Ulla, Journalistin, Hamburg; Langer, Sabine, Schreibbüro München; Lasch, Gundula, Journalistin, Leipzig; Levin, Robert, Nachrichtensprecher, Bremen/Hamburg; Löh, Wolfgang, Wissenschaftsjournalist, taz Berlin; Lorenz, Herrmann, Filmemacher, Hamburg; Lühr, Rüdiger, Journalist, Hamburg; Magnitz, Katrin, Trickfilmerin, Hamburg; Mangels, Christian, Fernsehjournalist, Hamburg; Mathias, Hannes, Redakteur, Bad Vilbel; Meier, Marcus, Redakteur taz Ruhr, Bochum; Meißner, Sigrid, Redakteurin, Vorsitzende der dju/IG Medien Nord, Hamburg; Mischel, Veronika, Journalistin & Vorstand dju/IG Medien Bayern, München; Mösch, Thomas, Journalist, Hamburg; Moneta, Jakob, ehem. Chefredakteur METALL, Frankfurt/Main; Morgenrath, Birgit, Rheinisches Journalistenbüro, Köln; Müller, Henrik, Redakteur, Stuttgart; Nenninger, Claudia, Journalistin, Frankfurt/Main; Neß, Oliver, Fernsehjournalist, Hamburg; Oelker, Petra, Autorin, Hamburg; Ollmann, Helgo, Medienpädagoge, Solingen; Ortmann, Peter, Redakteur taz Ruhr, Bochum; Parnass, Peggy, Autorin, Hamburg; Reents, Jürgen, Journalist, Bonn; Reepen, Uwe, Chefredakteur HBV-Magazin, Düsseldorf; Rieb, Brunno, Redakteur Frankfurter Rundschau, Rosbach; Röschmann, Heidrun, Redakteurin, Hamburg; Sanders, Dr. Olaf, Dozent, Hamburg; Schad, Thomas, Redakteur taz Ruhr, Bochum; Salomon-Prym, Andreas, Layouter, Hamburg; Sauerwein, Ruth, Journalistin, Hagen; Scherf, Günther, Redakteur, Friedrichsdorf/Hessen; Schmitz-Köster, Dr. Dorothee, Bremer Medienbüro; Schneider, Christiane, Redakteurin, Hamburg; Schoen, Désirée, Journalistin, München; Schraven, David, Geschäftsführung taz Ruhr, Bochum; Schuh, Sibylle, Redakteurin, Offenburg; Schultze, Hinrich, Fotograf, Hamburg; Schumann, Gerd, Journalist, Hamburg; Schwarberg, Günther, Journalist, Hamburg; Schwarzer, Alice, Journalistin/Essayistin, Köln; Spanner, Elke, Redakteurin taz Hamburg; Speck, Irmhild, Fernsehjournalistin, Hamburg; Spoo, Eckart, Mitherausgeber Ossietzky, Hannover; Stadie, Vera, Journalistin, Hamburg; Stahl, Volker, Journalist, Hamburg; Stemmler, Kristian, Journalist, Hamburg; Stötzl, Michael, Redakteur, Die Wochenzeitung, Zürich; Stroux, Marily, Fotojournalistin, Hamburg; Thurm, Matthias, Journalist, Hamburg; Tonscheidt, Bettina, Redakteurin, Frankfurt/Main; Tsolodimos, Christine, Journalistin, Glinde; Venske, Henning, Autor, Hamburg; Vick, Kurt-Willi, dju Hamburg; Völker, Peter, Journalist, Bundessekretär Rundfunk/Film/AV-Medien in der IG Medien, Stuttgart; von Appen, Kai, Redakteur taz Hamburg; von Hoffmann, Alexander, Publizist, Hamburg; von Hoffmann, Helga, Hamburg; Walloch, Karl-H., Dokumentarfilmer, Hamburg; Weber, Michael, Schauspieler, Hamburg; Weinert, Stefan, Rundfunkjournalist, Trier; Weymar, Hans-Peter, Fernsehjournalist, Hamburg; Wieding, Frank, Redakteur Hinz & Kunzt, Raa-Besembek; Will, Harald, Redakteur, München; Winterwerb, Jürgen, Redakteur, Wiesbaden; Wiebus, Hans-Otto, Journalist, München; Wisniewski, Gerhard, Journalist & Filmautor, München; Wypotta, Andreas, Journalist taz Ruhr, Essen; Zeuner, Bodo, ehem. Redakteur von NDR und SPIEGEL, Berlin; Zint, Günter, Fotograf, Hamburg; Zwerenz, Gerhard, Schriftsteller, Schmittent/Taunus; die Landesvorstände der Fachgruppen Journalismus und Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien im IG Medien-Landesbezirk Südost — (Angaben hinter dem Namen dienen nur zur Information) COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN/STICHWORT BAYER

Beendet den Krieg sofort! ist eine Initiative von Journalistinnen und Journalisten, Kontakt: Stadtmagazin HH19, Fax 040/43 1344 50. Informationen auch im Internet: „www.dju-Hamburg.de“. Dieser Aufruf wird ausschließlich durch Spenden finanziert. Konto: dju/IG Medien, Postbank Hamburg, Kontonummer 1342 9206, BLZ 200 100 20; Stichwort „Anzeige gegen Krieg“. Presserechtlich verantwortlich: Sigrid Meißner, c/o IG Medien Nord, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg.



... und Deutschland demonstrieren gegen die IG FARBEN i.A.

Ehemalige ZwangsarbeiterInnen aus Frankreich ...

*Die IG FARBEN wickeln
sich seit 50 Jahren ab.
Nun soll eine Stiftung die
Liquidationsaktien wieder
salonfähig machen.*

Von Tjark Kunstreich.

Den Platz vor der Stadthalle hatte die Polizei weiträumig abgesperrt. Im Frankfurter Vorort Bergen-Enkheim standen am 25.3.99 einige Dutzend Polizisten, um - wie sich der Einsatzleiter ausdrückte - „selektieren“ zu können.

„Selektieren“ wollte die Polizei die „gewaltbereiten“ von den „friedlichen“ Demonstranten, als sich die rund 200 Gegnerinnen und Gegner der IG FARBEN AG in Abwicklung in der Nähe von Frankfurt trafen, um die Aktionärsversammlung der „Nazi gas firm“ (*Washington Post*) zu blockieren. Nur mit Hilfe der Polizei gelang es den Aktionären, Zutritt zum Saal zu erlangen - lediglich hundert von ihnen fanden den Weg in die Stadthalle, weit weniger als im Dezember 1997, als die IG FARBEN zum letzten Mal tagte. Anlass des Treffens: die Hauptversammlung des Unternehmens - für das Jahr 1997, wohlge-merkt.

Dass die AktionärInnen überhaupt zusammentreffen konnten, dürften sie dem Richtungswechsel der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth zu verdanken haben - der auch das Vorgehen der Polizei erklären konnte: Nachdem die AktionärInnen noch im vergangenen Jahr wegen der

befürchteten Proteste bei den potentiellen Frankfurter Vermietern abgeblitzt waren, nahm sich nun die Stadt der Firma an. Die städtische SAALBAU GmbH vermietete die Stadthalle, nachdem der IG FARBEN seit 1991 keine städtischen Räume mehr zur Verfügung gestellt worden waren.

Die Szenen vor der Halle wiederum ähnelten denen vorangegangener Protestaktionen. Während die AktionärInnen in die Halle drängten, beschimpften einzelne den Auschwitz-Überlebenden Hans Frankenthal als „dreckige Judensau“, eine Kritische Aktionärin, während sie den Saal betrat, als „Judenhure“. Weitere Überlebende standen derweil draußen, die Haftlingsnummern auf der Brust, die Jüdinnen und Juden unter ihnen auch den gelben Stern. Sie waren eigens aus Frankreich, England und Polen angereist, um sich an den Protesten zu beteiligen.

Ein paar Überlebende mit Schildern, die in hilfloser Geste Entschädigungen für die Überlebenden der Nazi-Zwangsarbeit forderten, hatten eigentlich ganz gut in das Konzept der IG FARBEN-Nachfolger gepasst. Schließlich beschlossen sie im Laufe der Versammlung, die Gründung einer Stiftung einzuleiten: Diese solle sich den Ver-



Polizeieinsatz gegen DemonstrantInnen: Schlagstock (o.) und Tränengas (u.)

pflichtungen des Unternehmens widmen, welche aus „der historischen Verantwortung“ erwachsen seien, wie der erst Ende 1998 vom Frankfurter Amtsgericht bestellte Liquidator Volker Pollehn erklärte. Wann und mit welcher Summe, beschloss man selbstverständlich nicht.

Doch es reichte, um den Spieß umzudrehen. Während der Versammlung hielt sich der zweite Vorsitzende des Aufsichtsrats, der Bremer Rechtsanwalt Ernst Krienke, nicht mehr zurück. „Halten Sie den Mund“, rief er Frankenthal zu, als der sich gegen das Vorgehen der Liquidatoren wandte. Schon auf einer Pressekonferenz des „Bündnisses gegen IG FARBEN“ zwei Tage vor der Versammlung mussten sich ehemalige IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen und Auschwitz-Häftlinge fragen lassen, weshalb sie unverdrossen an ihren Forderungen - der sofortigen Auflösung der Firma und der Einrichtung einer Stiftung unter ihrer Kontrolle, in die das gesamte restliche Firmenvermögen eingezahlt werden soll - festhielten, obwohl die IG FARBEN-Liquidatoren doch endlich auf ihre Forderungen eingegangen seien.

Davon kann selbst bei wohlwollender Betrachtung keine Rede sein. Immer wieder von DemonstrantInnen gestört, gab Pollehn auf der Aktionärsversammlung zu, dass die Abwicklungsgesellschaft im vergangenen Jahr kurz davor stand, Konkurs anmelden zu müssen; das Restvermögen von 35 Millionen Mark stecke nun in mehr

oder weniger heruntergekommenen Immobilien.

Der Grundbesitz der Firma in den neuen Ländern dürfte deshalb künftig weniger eine Rolle spielen als die kurz vor Kriegsende in die Schweiz transferierten Geldsummen. Die IG FARBEN spricht von 4,4 Milliarden Mark, von denen zwei Drittel in eine Stiftung eingezahlt werden soll.

Während die AktionärInnen in die Halle drängten, beschimpften einzelne den Auschwitz-Überlebenden Hans Frankenthal als „dreckige Judensau“, eine Kritische Aktionärin, während sie den Saal betrat, als „Judenhure“.

len; der Rest soll zur Sanierung der Firma genutzt werden. Realistische Chancen, an dieses Geld heranzukommen, haben die Liquidatoren allerdings nur dann, wenn sie ihren Anspruch mit der Entschädigung von Überlebenden begründen.

Die Zustimmung der AktionärInnen zum Stiftungsvorschlag ist deshalb weniger die Folge eines Gesinnungswandels als Ausdruck der Hoffnung, doch noch einmal Profit zu machen - und sei es aus der Zustimmung zu der Entschädigungsstiftung.

alle Fotos: Hubert Ostendorf

Entschädigung jetzt!

(swb) Die Kampagne „Nie wieder“ wurde u. a. von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) initiiert. CBG-Mitglieder waren an Vorbereitung und Durchführung der Protestkundgebung in Frankfurt maßgeblich beteiligt.

Die Forderungen der Kampagne „Nie wieder“ lauten:

- Sofortige Auflösung der IG FARBEN i. A.
- Verwendung des Vermögens für eine Stiftung unter Aufsicht der Opferverbände
- Sofortige, umfassende Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen und deren Hinterbliebenen durch die Nachfolgefirma
- Sofortige Entschädigung aller Opfer von Menschenversuchen durch die Nachfolgefirma
- Die verantwortlichen Hintermänner des Hitler-Faschismus' aus der Wirtschaft müssen ins Rampenlicht gestellt werden. Die IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST und die IG FARBEN i. A. müssen mit ihrer Schuld konfrontiert werden.
- Öffnung der Archive von allen Nachfolgefirma zur historischen Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen
- Finanzierung des Erhaltes der Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzheide durch die Nachfolgefirma
- Keine Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Funktionäre